

Münsters Zeitschrift für
Menschen mit und ohne Arbeit

SPERRE

Kosten- und gnadenlos gut

**PREIS
RATSEL**
GEWINN: 2 Familien-
Tageskarten der THERME-



**Willkommen
im Leben!**

**Endlich da!
Der MÜNSTER-PASS**

Foto: Windenfried



ALF ARBEITSLOSE LEBENSFORM

FIFTY- FIFTY



ALF: Frank Hegemann

MÜNSTER-PASS - „Die Freiheit nehm' ich mir.“

2 SPERRE 2/98

Liebe Leserin, lieber Leser,

Roman Herzog sei Dank. Durch Münster ist ein Ruck gegangen. Nach zwölf Jahren Reformstau ist der städtische Münster-Paß da. Stadtbuss, Theater, Zoo und Schwimmbäder werden für alle billiger, die laufende Hilfe vom Sozialamt erhalten.

Private Anbieter von Kultur, Sport, Unterhaltung, Bildung und Beratung geben seit langem Ermäßigungen für Arbeitslose und andere Bedürftige. Sie setzen damit ein Signal: *Ihr gehört dazu, auch wenn Ihr nicht so viel Geld habt.*

Sie haben damit auch ein Beispiel für die städtische Politik gegeben.

Genauso bedürftig wie Sozialhilfebezieher/innen sind jedoch viele Rentner/innen, Arbeitslose oder in Billigjobs Beschäftigte. Sie erhalten aber erstmal den städtischen Münster-Paß nicht.

So manche/r ist mit dem kleinen Adressatenkreis nicht zufrieden. Als Einstieg für mehr ist deshalb der städtische Münster-Paß in dieser Form begrüßenswert.

Wir begrüßen ihn also. Aber wir wundern uns schon, daß wir erst unsere kleine festliche Aktion vor dem Sozialamt machen mußten, damit die verantwortlichen Politiker/innen den Münster-Paß positiv in der Öffentlichkeit darstellen können.

Wer Gutes tut, muß auch drüber reden, ansonsten überläßt man das Feld denen, die Sozialpolitik nur als Kosten oder als Anstiftung zum Mißbrauch darstellen.

Der Münster-Paß ist eine Einladung zur gesellschaftlichen Teilhabe. Er wird von den Bedürftigen und ebenso von gesellschaftlichen Veranstaltern angenommen. Er trägt damit bei zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und bewirkt etwas gegen die Tendenzen zur Entsolidarisierung. Er hat deshalb einen hohen Wert für die Demokratie.

A. Voskamp

Arnold Voskamp



Süddeutsche Zeitung
Täglich!
Wirkt ungemein
belebend.

INHALT

IMPRESSUM

Herausgeber:

Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e. V.,
Achtermannstraße 7, 48143 Münster

Telefon: (02 51) 51 11 21

Telefax: (02 51) 4 79 14

E-Mail: sperre@muenster.de
abm@muenster.de

Internet-SPERRE: www.muenster.org/sperre

Redaktion:

Dirk Nothnagel (nodi; V.i.S.d.P.),

Uwe Wiedenstried (uwil)

Mitarbeit:

Argus, Norbert Attermeyer (noa), Monika
Bußmann, Paul Demel (pade), Maria
Hammers (ham), Anne Neugebauer, Simeon
Nuß, Nicola Terhoeven, Arnold Voskamp
(avo), Ulrich Wieners (uli), Silvia Winter

Layout:

Uwe Wiedenstried, Dirk Nothnagel

Titelbildgestaltung:

Ralf Vassholz, Werner Weigel

Foto: Dirk Nothnagel

Satz:

Werner Weigel, Ralf Vassholz

Fotos:

Maria Hammers, Dirk Nothnagel, Uwe Wiedenstried

Fotolabor:

Dirk Nothnagel

Karikatur/Grafik/Illustration:

Frank Hegemann/Ralf Vassholz

Internetausgabe:

Dirk Nothnagel, Werner Weigel, Michael
Kolberg

Anzeigen und Spenden:

Maria Hammers

Druck: Lensing-Wolff

Auflage: 8000

Bankverbindung/Spendenkonto:

Bank für Gemeinwirtschaft Münster
- BLZ 400 101 11 -, Kto. 1021213400

Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen
uns über jede Zeitschrift. Das Recht zu kürzen
behalten wir uns vor. Anonyme Zeitschriften
veröffentlichen wir nicht.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder.

Das Urheberrecht für die Beiträge liegt bei
den Autoren.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

Anzeigenpreisliste vom 26.6.1995

Nächste Ausgabe: Mitte September 1998

	SEITE
LESER/INNEN/BRIEFE	4
Urlaub für Arbeitslose? AUSGANG AN DER LANGEN LEINE	5
Die SPERRE sprach mit Willi Niemann vom Mühlenhof-Freilichtmuseum MÜHLENHOF ERKENNT DEN „VORLÄUFIGEN“ MÜNSTER-PASS AN	5
Mit städtischem und „Vorläufigem“ MÜNSTER-PASS günstiger dabei sein MEHR LEBEN IN MÜNSTER	
SCHRITT FÜR SCHRITT ZUM MÜNSTER-PASS	6
Auf der SPERRE-Couch: Horst Gärtner, Leiter des Sozialamtes Münster „SEIT ACHTZEHN JAHREN HOCHKONJUNKTUR“	8
Arbeitslos = Rechts? „HEIL!“ SAMER SCHOCK?	13
Kohlinarisches I: Spargel, Erdbeeren, Kohl & Co – Eine Feldstudie GEBÜCKTER GANG	14
Kohlinarisches II: Gefüllte Kohlrabis und Erdbeeren SCHLEMMERMENÜS FÜR SOZIALSCHMAROTZER	15
Sozialhilfebeziehende in der automobilen Gesellschaft: CAR-WARS	15
Sam Sperre ermittelt: Heiße Schiefleisen und kristallene Erotik – RAUCHENDE COLTS	16
Einspruch! – Stattgegeben! URTEILE, INFORMATIONEN, ANWALTTIPS	18
Land streicht bei Kinderbetreuung 630 Mio. DM: KRIPPENPLÜNDERUNG	20
Das Weib schweige in der Gemeinde? WO BLEIBEN FRAUEN-STIMMEN IN DEN GEWERKSCHAFTEN?	21
Wohnen – Mietertip: Meister Wucher und Meister Proper MIETHAIE ZU FISCHSTÄBCHEN / ALLES SAUBER, ODER WAS?	22
Reif für die Insel – Jobwunderland Großbritannien LETZTE WORTE (TEIL I: DAS ERBE DER TORRES)	24
Asyl-Kompromiß – Der feine Unterschied und seine großen Folgen: MENSCH ODER FLÜCHTLING?	29
Eins - ☹: Arbeitslosenproteste in Münster – Endlich auf der Straße DIE LIEBE ZUR SCHNECKE / DIE ANGEZÄHLTE ZEIT	30
Salto postale bei Kontogebühren: POST KASSIERT ENTGEGEN GUTER SITTE	32
Mit Phoenix e. V. Asche machen – Münsters Existenzgründerzentrum ist im 7. Monat AUFBRUCHSTIMMUNG IM HAFEN	33
Buchtipp – Mathias S. Riechert: „Die Börsenhändler. Die Sucht, Geld zu verdienen.“ SPARBUCH ODER WERTPAPIER?	34
Weltenbummler I: ARBEITSLosenUNTERSTÜTZUNG AUF EUROPÄISCH	34
Weltenbummler II: E 303: EIGENEXPORT IN SACHEN ARBEIT	35
PREISRÄTSEL	35

Vertraulichkeit bleibt gewährleistet

Zu „Bekommen alle Arbeitslosen ...?“ – Kindergruppe
„Die Neugierigen“ im Arbeitsamt (SPERRE 1/98)

Die Kinder haben u. a. positiv herausgestellt, daß Einzelgespräche zwischen Arbeitsvermittlern bzw. -beratern und Ratsuchenden stattfinden, ohne daß Unbeteiligte mithören können. Einer ergänzenden Kommentierung Ihrer Redaktion zufolge stimme das so nicht. Hierzu einige Anmerkungen:

Es ist richtig, daß jeder Arbeitsberater bzw. -vermittler über ein eigenes Büro verfügt. Die Beratungsgespräche finden unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen ausschließlich zwischen dem Ratsuchenden und der Beratungsfachkraft statt.

Möglicherweise basiert Ihr Einwand auf der Tatsache, daß die Büroräume im Arbeitsamt Münster durch Zwischentüren verbunden sind. Dies kann im Einzelfall zu dienstlich bedingten Unterbrechungen im Beratungsgespräch führen.

Dennoch bleibt die Vertraulichkeit gewährleistet, da Außenstehende unbetei-



Arbeitsamtchef Schwedhelm. Foto: Nothnagel

ligt bleiben. Aufgrund dieser besonderen Problematik weise ich meine Mitarbeiter-

Innen kontinuierlich auf die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen hin.

Für eine Mitteilung, welche Beobachtungen zu Ihrer Kommentierung geführt haben, wäre ich dankbar.

Wolf-Rüdiger Schwedhelm,
Direktor des Arbeitsamtes Münster

Antwort der Redaktion:

Wir nehmen Bezug auf Schilderungen von Betroffenen, bestätigt durch erneute Nachfrage bei Beratungsstellen, die sich nicht auf das münsterische Arbeitsamt beschränken und weitere Sozialbehörden betreffen.

Offene Zwischen- bzw. im Anmeldebereich (für die Besuchenden unerheblich, wo) auch Flurtüren ließen uns eine Einschränkung der „Neugierigen“-Eindrücke, die sie außerhalb der Besuchszeit mitnahmen, sinnvoll erscheinen. Wir wollten und möchten weiterhin Verunsicherungen in diesem Bereich beheben und vorbeugen.

Den Betroffenen dürfte Ihre Stellungnahme eine Hilfe sein, selbst daran mitzuwirken, sollte Ihnen, aus welchen Gründen auch immer, ein vertrauliches Gespräch nicht möglich scheinen. *nodi*

Interessant, gut gemacht und überfällig

Ich habe heute Ihre Zeitschrift SPERRE auf den Schreibtisch bekommen. Finde ich interessant, gut gemacht – und überfällig.

Die Zielrichtung, Kampf gegen den Sozialabbau, haben wir gemeinsam.

Harald Westfeld,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Diözesancaritasverband Münster,
caritas.muenster.presse@t-online.de

Schwarz-rotes Gemauschel droht

Zu den Arbeitslosenprotesttagen seit Januar '98 (SPERRE 1/98, S. 32/33)
und der Protestaktion vom 9. Juni '98 des Bündnis gegen Sozialabbau

Führjahrs-Mülltonnen-Konzert belebt ... – ein schöner nichtssagender Artikel in den WN vom 9. Juni '98. Wäre ihr Presseemann weiter bis zum Ende der Veranstaltung geblieben, hätte er noch von einer kontroversen Entwicklung berichten können. Zwei Arbeitslose aus dem Publikum fragten den Bundestagsabgeordneten Catenhusen (SPD) nach einer Lösung ihrer persönlichen Misere,



MdB Wolf-Michael Catenhusen (links) mit Protestierenden.

dem Steueraufkommen/Subventionsbezug bei Mercedes-Benz, den Diäten der Abgeordneten ... Keine Antwort. Als Herr Catenhusen dann noch die Unterschrift gegen den Abbau von Erzieherinnenstellen auf Landesebene verweigerte, war auch dem letzten klar, wohin die Reise gehen soll. Eine

Verteufelung der PDS und ein Hochloben des rot-grünen Bündnisses sind nicht der Weisheit letzter Schluß. Das schwarz-rote Gemauschel steht drohend über allem. Bei dieser Veranstaltung gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit geht es doch um Menschen und Schicksale. Wann werden die zehntausend Arbeitslosen in Münster es endlich gemerkt haben und nicht durch Abwesenheit glänzen? Nur vierzig Demonstranten können nicht viel bewegen. Also laßt die Schwarzarbeit mal sausen' und traut Euch, es geht auch um Eure Zukunft bei der nächsten Demo im Juli.

Harry Seemann,
Grevener Str. 115, Münster

SCHWARZE WITWE e.V.

AUTONOME FRAUENFORSCHUNGSSTELLE



Achtermannstr. 10 - 12
48143 Münster
Tel.: 0251 / 511195
Fax: 0251 / 518876

Öffnungszeiten: Mo. u. Do. 18-20 Uhr • Di. 11-13 Uhr • Mi. 14-16

Archiv • Bibliothek • Frauenforschung • Kultur • Internet

Urlaub für Arbeitslose

Ausgang an der langen Leine

Das Arbeitsamt muß Arbeitslose persönlich an jedem Werktag in ihrer Wohnung durch Briefpost erreichen können. Doch: Arbeitslose können pro Kalenderjahr drei Wochen „Urlaub“ bekommen und weiter Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Arbeitslose können die drei bezahlten um höchstens drei unbezahlte Wochen verlängern, wenn das Arbeitsamt zustimmt. Bei mehr als sechs Wochen entfällt jedoch der Anspruch auf Fortzahlung in den ersten drei Wochen gleich mit. Wer länger als sechs Wochen urlauben will, riskiert, vier Wochen Arbeitslosengeldanspruch zu verlieren.

Beschäftigte haben in den ersten, meist sechs, Monaten ihres neuen Jobs keinen Urlaubsanspruch. Seit Januar '98 gilt dies auch für Arbeitslose. In den ersten drei Monaten bedarf es begründeter Ausnahmefälle, um eine Zustimmung zum Urlaub erhalten. Das kann die frühzeitig gebuchte und nur unter Verlust zu kündigende Reise sein oder die durch Ferien der Kinder und des Partners festgelegte Zeit für gemeinsamen Familienurlaub.

Für eine ärztlich verordnete Kur können Arbeitslose sich bis zu drei Wochen abmelden. Für krankgemeldete Arbeitslose gilt diese Einschränkung nicht – sie können in der Zeit ihrer Arbeitsunfähigkeit länger weggeschickt werden.

Gewerkschaftliche, staatspolitische, kirchliche oder ähnliche öffentlich interessante Veranstaltungen dürfen Arbeitslose darüber hinaus bis drei Wochen lang besuchen, wenn sie mit Angabe der Adresse und mit der Bereitschaft jederzeitiger Arbeitsaufnahme angemeldet werden.

Arbeitslose, die gegen die Bereitschaft zur Frühverrentung nicht mehr jede Arbeit annehmen müssen, dürfen 17 Wochen pro Kalenderjahr in Urlaub fahren, ohne auf Arbeitslosenunterstützung verzichten zu müssen.

Innerhalb des orts- und zeitnahen Bereichs rund um das Arbeitsamt kann sich eine Arbeitslose für eine vorübergehende, aber längere Zeit außerhalb der eigenen Wohnung aufhalten, wenn der neue Aufenthaltsort dem Arbeitsamt frühzeitig vorher bekannt ist und die Arbeitslose dort werktäglich erreichbar ist und das Arbeitsamt täglich aufsuchen kann. Dies ist zwar kein richtiger Urlaub, kann aber Sinn machen z. B. beim Herrichten einer neuen Wohnung oder, um nachts für die kranke Mutter erreichbar zu sein. *avv*

Zu Urlaub und Ausland s. auch S. 34/35.

Seit dem 1. Juni 1998 ist er amtlich: der städtische MÜNSTER-PASS für BürgerInnen und AsylbewerberInnen, die regelmäßige Leistungen vom Sozialamt beziehen. Ihnen bietet er Vergünstigungen für städtische Busse und Einrichtungen. Weiterhin gibt es den Vorläufigen MÜNSTER-PASS der Arbeitsloseninitiativen. Er schließt andere Geringverdienende für Ermäßigungen bei Sport, Spiel, Spannung und Kultur ein. Seit 1986 machen immer mehr private Anbieter wie Vereine und Bildungseinrichtungen mit. Diesmal fragte die SPERRE Willi Niemann vom Mühlenhof-Freilichtmuseum.

Mühlenhof-Freilichtmuseum erkennt den „Vorläufigen“ MÜNSTER-PASS an

Was wird hier geboten?

Seit 1959/60 führt ein Abzweig der Sentruper Straße stadtauswärts vor der Gievenach-Niederung zum Mühlenhof-Freilichtmuseum. Aufgebaut haben es viele Helfer und Förderer. Initiator war der damalige münsterische Verkehrsdirektor Theo Breider. Als gemeinnütziger Trägerverein gründete sich 1963 „De Bockwindmühle“. Heute spiegeln 30 große und kleine Bauten, darunter die Bockwindmühle als Landmarke, Geschichte und Kultur des früheren Münsterlandes wieder.

Das Museum ist 363 Tage im Jahr geöffnet, die Besucherzahl beläuft sich auf weit über 100.000. Per Anmeldung ist es möglich, an Führungen, Vorträgen, Videopräsentationen, Vorführungen, Abendbesuchen mit Programmgestaltung und gastronomischer Betreuung teilzunehmen.

Ohne die rund achtzig Mitarbeiter/innen, davon knapp fünfzehn festangestellte einschließlich ABM-Kräften und denen in Qualifizierungsprogrammen, wäre der umfangreiche Betrieb nicht in Schwung zu halten. Sie betreuen so unterschiedliche Bereiche wie Bau und Handwerk, Gartenpflege und die Veranstaltungen. Das Gesamtwerk Freilichtmuseum bleibt dabei nicht stehen, sondern



Führung in vergangene Zeiten: eine der zahlreichen Attraktionen rund um die Bockwindmühle.

Foto: Neidmayer

ist ständig bemüht, Schau- und Mitmachangebote zu erweitern und zu vervollständigen. Dazu ist Eigeninitiative von „Außenstehenden“ ein wichtiger Beitrag.

Was gibt es generell für Ermäßigungen?

Selbstverständlich zählen Arbeitssuchende von jeher zu den Gruppen, auf die wir besonders eingehen, denen unser kulturelles Angebot offensteht.

Es gibt Ermäßigungen für: Jugendliche bis 16 Jahren ohne eigenes Einkommen, Behinderte, Auszubildende, Arbeitssuchende, Studierende, Zivildienstleistende, Wehrpflichtsoldaten, Familien, Gruppen ab 8 bis 30 und Schulklassen.

Sind weitere Aktionen denkbar?

Warum nicht? Wir sind offen, bei Nachfrage ein spezielles Gruppenangebot wie z. B. eine Führung für Arbeitssuchende zu organisieren.

Erkennen Sie den „Vorläufigen“ MÜNSTER-PASS an?

Auf jeden Fall, das haben wir bislang getan, und das gilt auch für die Zukunft.

Herr Niemann, wir danken für das Gespräch.



Foto: Nollmangel

Blumiges Bekenntnis: Mit Bürgermeister Fritz Krüger (li.) und dem Grünen-Sprecher für Soziales, Harald Wölter, begrüßten Arbeitsloseninitiatoren vor dem Sozialamt die Einführung des städtischen Münster-Passes zum 1. Juni '98 (re.: Maria Hamers, Norbert Attermeyer).

Mehr Leben in Münster

Mit städtischem und „Vorläufigem“
MÜNSTER-PASS günstiger dabeisein

Apfel und Ei, Milch und Mehl, Wasser und Strom macht er nicht billiger, der neue MÜNSTER-PASS. Aber was wie Kultur, Bildung, Mobilität oder Sport nicht existentiell notwendig ist und deshalb bei Geldknappheit eingespart wird, das kostet mit ihm nicht mehr ganz so viel: der Besuch im Theater oder im Zoo, die Fahrt mit dem Stadtbus, der Eintritt für die städtischen Schwimmbäder oder der Kurs bei der Volkshochschule.

Seit Pfingsten gibt die Stadt Münster einen Ermäßigungsausweis an alle Personen aus, die laufende Hilfe vom Sozialamt erhalten. Mit jährlich 351.000 DM veranschlagt, kosten die Ermäßigungen erheblich weniger als die zunächst angenommenen Millionen summen.

„Wer keine Arbeit hat, gehört schon nicht so ganz dazu. Wegen leerer Taschen nehmen Menschen mit niedrigem Einkommen außerdem weniger an Veranstaltungen in der Freizeit teil. Da ist der MÜNSTER-PASS eine Einladung, ein ausgestreckter Arm: Leute kommt her und macht mit, ihr gehört dazu“, freute sich Arnold Voskamp vom cuba-Arbeitslosenzentrum. „Wir hätten uns natürlich gefreut, wenn auch andere Menschen mit niedrigem Einkommen einbezogen gewesen wären, z. B. Menschen in prekären Jobs oder Bezieher von Arbeitslosenunterstützung. Aber ein Anfang ist gemacht.“

Seit 1985 hat der Koordinierungskreis der Arbeitsloseninitiativen immer wieder einen Ermäßigungspaß für Arbeitslose und andere Bedürftige gefordert. Da-

mit sollten sie billiger Bus fahren können, weniger Eintritt bei Schwimmbädern, im Theater oder im Zoo und weniger Kursgebühr bei der Volkshochschule zahlen müssen. Das war zehn Jahre lang immer abgelehnt worden mit der Begründung: dafür ist kein Geld da, die Stadt hat andere Schwerpunkte. Als Sozialpolitiker der Rathauskoalition hatten sich Fritz Krüger und Harald Wölter frühzeitig für einen Münster-Paß eingesetzt.

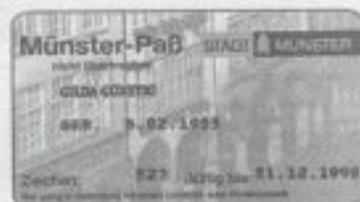
Weil private Anbieter von Freizeit-, Sport-, Kultur- und Bildungsangeboten selbst Ermäßigungen für Bedürftige gewähren wollen und einen einfachen einheitlichen Nachweis brauchen, geben die Arbeitsloseninitiativen seit zwölf Jahren den „Vorläufigen“ MÜNSTER-PASS heraus.

„Wir möchten den Kinobetrieben, den Sportvereinen, den Theatern und Bildungsträgern ausdrücklich für ihre praktizierte Solidarität danken. Ohne große Worte tragen sie seit langem zur Integration von Arbeitslosen bei“, erklärte Maria Hamers vom Arbeitslosenzentrum SPERRE. (weiter oben re.)

Der „Vorläufige“ MÜNSTER-PASS wird weiter herausgegeben. Viele bedürftige Menschen scheuen sich, Sozialhilfe zu beantragen, andere haben eine Arbeitslosenunterstützung oder ein Arbeitseinkommen, das gerade in Sozialhilfeshöhe liegt. Sie alle erhalten den städtischen MÜNSTER-PASS nicht.

Hamers: „Die privaten Anbieter haben uns bestätigt, ihre Ermäßigungsangebote gelten auch weiterhin für Inhaber des ‚Vorläufigen‘ MÜNSTER-PASSES. Wir setzen uns weiter dafür ein, daß mehr bedürftige Menschen den städtischen Ausweis erhalten.“

Über beide Pässe informiert, außer den Beiträgen dieser und der vorangegangenen SPERRE, ein Hinweisblatt des cuba-Arbeitslosenzentrums, herausgegeben mit Unterstützung des Sozialamtes. Für Spätaussiedler hat Gisela Brzdok das Blatt auf russisch übersetzt, für Mitbürger/innen türkischer Herkunft der Arbeitskreis International ins Türkische.



Der städtische MÜNSTER-PASS

Start:
Juni 1998.

Nutzen:

Ermäßigte städtische Dienstleistungen. Die Bustickets „9-Uhr-Monatskarte“ und „Känguruh-Karte“ kosten damit nur noch die Hälfte. Vergleichbare Ermäßigungen für Volkshochschulkurse, Stadttheater und städtische Schwimmbäder. Gruppenrabatt im Zoo.

Für:

Alle Personen, die laufende Sozialhilfe oder laufende Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen.

Ausgabe:

Mit der Bewilligung des Sozialamtes für die Hilfe zum Lebensunterhalt. Erste Runde für alle aktuellen Leistungsbeziehenden zum Stichtag 1.6.98 per Post. Ein halbes Jahr lang gültig, danach zu Jahresanfang bzw. -mitte automatisch Erneuerung, wenn weiter Leistungen bezogen werden. *nodi*

Schritt für Schritt zum MÜNSTER-PASS

Fotos (4): Natilmayer



SCHRITT 1
Zum Sozialamt, Bedürftigkeit per Antrag feststellen lassen.



SCHRITT 2
Mit dem Paß erhalten die Inhaber/innen Busmonatskarten zum halben Preis in der Bürgerberatung oder den Bezirksverwaltungen.



Städtischer MÜNSTER-PASS - nachgefragt ...

... bei Frank Treutler, Sozialamt Münster

Besteht Anspruch auf einen MÜNSTER-PASS auch ... ab einem Pfennig Sozialhilfeanspruch?

Grundsätzlich ja. Sozialhilfe ist ein Rechtsanspruch nach Bundesgesetz, der Ermäßigungsausweis dagegen eine kommunale freiwillige Leistung. Die kann auch in Anspruch genommen werden, wenn die zustehende Sozialhilfe - liegt sie unter dem Minimum, das die Kommune auf Landesempfehlung setzt - nicht ausgezahlt wird.

... für andere Geringverdienende?

Die auf der Basis des Sozialhilfeantrags ermittelte Bedürftigkeit ist die offizielle Berechtigungsgrundlage, ohne geht nichts.

..., wenn bereits eine Monatskarte bezahlt wird?

Fahrkarten zu Arbeit oder Praktikum z. B. im Rahmen der Hilfe zur Arbeit bezahlt das Sozialamt weiter voll, es kann nicht auf den MÜNSTER-PASS und die 9-Uhr-Monatskarte zum halben Preis verweisen. Der übliche Arbeitsbeginn wäre mit dem ermäßigten Ticket meist auch nicht einzuhalten.

Können bereits gekaufte Monatskarten erstattet werden?

1. Überlandverkehr: Beim Rücktausch ist nur noch die Differenz für Strecken außerhalb Münsters voll zu bezahlen.
2. Dort wie für reine Stadtbuskarten gilt: Über Rückgabebedingungen informieren die Stellen der Stadtwerke.

Zu guter letzt: Zoo?

Nachrechnen: Die normale Jahreskarte kommt jede/n ab einer bestimmten Anzahl ermäßigter Einzelkarten günstiger.

SCHRITT 3
Einsteigen und mitfahren - am besten zu weiteren vergünstigten Angeboten.



Der „Vorläufige“ MÜNSTER-PASS



Start:
Mai 1985.

Nutzen:
Ermäßigte Angebote meist privater Kultur- und Freizeitveranstalter. Ermäßigungen in allen Kinos und Theatern Münsters und bei dem ständig sich erweiternden Kreis von Bildungswerken, Sportvereinen und -veranstaltern und Kulturträgern. Ermäßigter Jahresbeitrag im MieterInnen-Schutzverein. Im einzelnen und weitere Angebote jeweils selbst nachfragen.

Für:
Alle „Minderverdienenden“, gleich ob Arbeitslose, Sozialhilfebeziehende und weitere mit Einkommen von nicht mehr als 30 % über dem Bedarfssatz der Sozialhilfe.

Ausgabe:
Auf private Initiative der Arbeitsloseninitiativen und Anbieter, erhältlich im *cuba*-Arbeitslosenzentrum, bei der Arbeitslosenzeitung SPERRE, bei der Kinderhauser Arbeitsloseninitiative und der Berbergilde. Leistungsbescheide des Arbeitsamtes oder Sozialamtes bzw. Verdienstbelege gelten als Anspruchsberechtigung.

Anmerkung:
„Vorläufiger“ MÜNSTER-PASS, weil ein entsprechendes Angebot von der Stadt gefordert worden ist. Ein großer Teil seiner Berechtigten kann nicht von dem neuen städtischen Münster-Paß profitieren. Deshalb gibt es ihn weiter.
nodi

Interview:
Norbert Attermeyer,
Dirk Nothnagel.
Fotos (7):
Uwe Wiedenstried.



Horst Gärtner,
Leiter des Sozialamtes Münster:

„Seit achtzehn Jahren Hochkonjunktur“

Zwei Jahre früher als Helmut Kohl an die Regierung kam Horst Gärtner an Münsters Sozialamt. Statt in Opposition machte er vorher in Wohnbauförderung beim Kreis Steinfurt. Seit dem 1. Februar 1980 leitet er die Geschicke des Sozialamtes am Ludgerikreisel. Und hängt an der Arbeit, anders als an der distanzschaffenden Dienstbezeichnung leitender städtischer Direktor. Eingestiegen ist er dort, „weil ich immer eine Arbeit gesucht habe, wo ich nahe an den menschlichen Problemen dran bin“.

Dran war Gärtner am Abend der Vorstellung in Münster an der ersten Demonstration seines Lebens.

Mit Blick auf heute: Demonstrieren müsse auch gelernt sein, vieles sei nicht mehr so spontan.

Dran ist er bis heute an den menschlichen Problemen eben der auf Sozialhilfe Angewiesenen, denen der MÜNSTER-PASS seit Juni mehr Teilhabe verspricht. Die Entwicklung des Berechtigungsausweises seit dem ersten Bürgerantrag Anfang 1983 konnte Gärtner aus der Chefetage verfolgen. Ihn lud deshalb die SPERRE zum Gespräch darüber und über aktuelle Fragen der Sozialhilfe auf ihre Couch.

Ganz neu ist jetzt der MÜNSTER-PASS, der auch vom Sozialamt aus gegeben wird. Gibt es Grenzfälle wie Empfänger von einmaligen Beihilfen, die ihn ebenfalls bekommen können?

Der MÜNSTER-PASS ist festgelegt auf die Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen, also keine Grenzfälle im Bereich der Rente oder der Arbeitslosenhilfe. Ich rate auch sehr dazu, daß wir uns gemeinsam erst einmal eine Einstimmungsphase erlauben. Wir wissen noch gar nicht, ob wir hart am Wind segeln oder ob das ganze möglicherweise gar nicht so nachgefragt wird. Im Augenblick haben wir 12.600 MÜNSTER-PÄSSE rausgeschickt – für Angehörige bringt die Be-

rechtigung Vorteile ab drei bzw. vier Jahren bei den Stadtwerken –, 650 Inhaber haben die Neun-Uhr-Karte, quasi den Kulminationspunkt, nachgefragt.

Wir hatten eine Hotline eingerichtet, die ist wirklich heißgelaufen in der ersten Woche. Jetzt hat sich wieder alles beruhigt, wir kommen mit den Auskünften in der Sachbearbeitung zurecht.

Ich finde das eine tolle Sache in einer Zeit, in der andere Städte serienweise freiwillige Leistungen kürzen, in den Etat dafür einen Block von 650.000 DM einzusetzen.

Kein Pappenstiel, auch für eine Stadt wie Münster nicht. Vergleichsweise ist das der Betrag, den wir jährlich für den Behindertenfahrdienst ausgeben.

Die Leute kriegen die Karte aber doch nicht umsonst, mit den 650.000 Mark wird das vorfinanziert. Bei Abruf des Angebotes käme die Hälfte wieder rein.

Deshalb würde ich zu einer kleinen Vorlaufphase raten, bis wir wissen, ob das, was wir ausgeben müssen und das was reinkommt, in dem kalkulierten Verhältnis steht. Bis jetzt sind wir in dem Limit, wie wir uns das vorgestellt haben.

Sind bei den 12.600 Pässen auch die Mitanspruchberechtigten enthalten?

Jeder von den über 10.000 Familienangehörigen in den etwa 5.600 Haushalten, die laufend Hilfe beziehen, hat seinen

Paß erhalten. Weiter 2.000 bis 2.500 Asylsuchende.

Wir haben das auch gewürdigt. Gerade daß man in Zeiten, in denen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger eine schlechte Presse haben, hingehört und sagt, wenn man eine solidarische Gesellschaft will, kann es nicht bei Sonntagsreden bleiben, sondern das muß sich praktisch zeigen.

Die landläufige Meinung, man könnte sich in der Sozialhilfe einrichten, wird von uns im Amt nicht geteilt. Für mich ist das ein Stück wichtige Lebensqualität mehr, was jetzt an Anspruchsberechtigung kommt, wenn z. B. Eltern die Möglichkeit haben, mit ihren Kindern vergünstigt in den Zoo zu gehen. Ich denke auch an die vielen Veranstaltungen zum 350jährigen Jubiläum des Westfälischen Friedens. Da ist einfach Mobilität gefragt, mit dem ÖPNV kommt man besser in die Stadtteile. Die Vorstellung, jeder Sozialhilfeempfänger hat seinen Mercedes, ist wirklich weltfremd, dummes Zeug. Mobilität ist eigentlich die Schlüsselfrage des MÜNSTER-PASSES. Alles andere war ja teilweise vorher da und ist jetzt in einem Bündel zusammengefaßt.

Kann man von Sozialhilfe leben?

Ich glaube schon, daß man damit leben, auskommen kann, aber man muß das Geld sehr einteilen. Die frühen Erdbeeren kann man sicher nicht kaufen, und den Spargel, wenn er neu auf den Markt kommt. Da muß man abwarten. Man muß bei den Preisen sehr genau hinschauen, wenn man eine abwechslungsreiche und auch gesunde Kost zusammenstellen will. Keiner von uns geht ja davon aus, daß man nur Angebote von Billiganbietern ißt. Aber alles, was für viele zu den Selbstverständlichkeiten gehört, zum Beispiel die neue Karajan-CD, die sich viele, die im Arbeitsprozeß stehen, mit links mitnehmen, das kann der Sozialhilfeempfänger nicht. 'ne Doppel-CD für 50 Mark entspricht ja schon 10 % des Sozialhilfesatzes für einen Haushaltsvorstand. In allem, was den existenziellen Bereich überschreitet, ist er nicht so flexibel wie Otto Normalverbraucher.

In der öffentlichen Diskussion schmaudronieren viele über Sozialhilfe, die die Daten nicht kennen.

Wenn zum Beispiel in meinem Kegclub mit Lehrern, Rentnern und Selbständigen mal wieder dieses beliebte Stammtischthema kommt, komme ich ganz einfach mit den Regelsätzen oder mit der Erhöhung: Ab 1.7.1998 statt 539 dann 540

Mark für den Haushaltsvorstand. Ein Jahr später 5 Mark drauf, das wäre ehrlicher gewesen, hätte das Gefühl von Hilfe vermittelt. Natürlich gibt es Ausnahmefälle, daß Sozialhilfe widerrechtlich in Anspruch genommen wird, wenn zusätzliche Einkommen da sind, oder es arbeitet jemand schwarz und nimmt die Sozialhilfe quasi als Taschengeld mit. Aber das Netz der Ermittlungen ist enger geworden. Es gibt alle möglichen Informationsquellen, auch Leute, die uns anrufen. In vielen Fällen erweist sich das als Ente, wenn wir nachprüfen. Sollte es richtig sein, wird Strafantrag gestellt. Dann sind die Gerichte konsequent, es gibt Verurteilungen, in der Regel ohne Bewährungschance.



Wo ist der Arbeitsmarkt, der die Leute aufnimmt? ... Sozialhilfe auf dem Weg zu einer Art Dauerrente, das darf so nicht bleiben.

Eine finnische Studie hat festgestellt, daß bei Arbeitslosigkeit psychisch verursachte Krankheiten vermehrt auftreten. 40 % sind ja mangels Arbeitsstelle Hilfeempfänger.

Wir bemerken auch, daß man sich bei längerer Arbeitslosigkeit auf einem Niveau einrichtet, das den Anschluß an den aktiven Arbeitsprozess erschwert. Die Arbeitswelt dynamisiert sich in einer Art und Weise, wie es zuvor in meinem 40jährigen Berufsweg nicht vorstellbar war.

Was uns in der Sozialhilfe Sorge macht, ist der Anteil von mittlerweile über 40 %, die länger als 3 Jahre dabei sind. Die Idee des Gesetzgebers: Hilfe zur Selbsthilfe, und damit kurzfristig das Leben wieder unabhängig in den eigenen Griff zu bekommen, läßt sich nicht mehr gut ver-

wirklichen. Weil die kommunizierenden Röhren nicht da sind: Welche Alternative zur Sozialhilfe ist denn da? Wo ist der Arbeitsmarkt, der die Leute aufnimmt? Das ist ein Problem der Kommunen schlechthin – Sozialhilfe auf dem Weg zu einer Art Dauerrente, das darf so nicht bleiben.

Die vorgeschalteten Instrumente sind ja beschritten worden, Arbeitslosenhilfe gibt es teils nur noch ein Jahr lang. Lehrer, die ein Referendariat machen, landen in der Sozialhilfe.

Die Folgen der Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung vor ein paar Jahren tun uns jetzt noch weh. Auch die Gesundheitsreform erreicht uns. Wenn Leute von uns ins Krankenhaus müssen, durch die 17 Mark Zuzahlung täglich sind sie das Taschengeld, was wir Ihnen lassen, praktisch los. Das funktioniert nicht, also müssen wir in eine Aufstockungsfinanzierung eintreten. Sagt uns jemand rechtzeitig Bescheid, bevor er ins Krankenhaus kommt, bekommt er die 17 Mark wieder.

Im April haben Städte und Arbeitsverwaltung weitgehende Kooperationsbeschlüsse gefaßt. In ihnen war die Rede von Röntgenprofilen der Qualifikation. Wie sind die Vorhaben in Münster?

Wir sind dabei, ein gut funktionierendes System zu verbessern. Seit vielen Jahren haben wir eine ausgesprochen gute Zusammenarbeit, harmonisch und erfolgreich, auch technisch. Das ist nicht die Regel. In der monatlichen Fallkonferenz sitzen seit zwei Jahren unsere Sachbearbeiter hauptsächlich aus dem Bereich Hilfe zur Arbeit mit denen des Arbeitsamtes und beraten zehn, zwölf Fälle; ob sie in die Qualifizierungsprogramme passen. Darüber bin ich sehr froh, auch darüber, daß unsere Computer an das SIS-System des Arbeitsamtes angeschlossen sind.

Wir machen noch mehr: Nicht jeder Hilfeempfänger kann sich eine Zeitung leisten. Wir werten deshalb Stellenanzeigen aus und leiten sie weiter. Aufgrund des Städtetagsbeschlusses wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt verfeinern und dies in Kürze vorstellen.

Bei Ausbildungen, die das Arbeitsamt fördert, zahlt das Sozialamt maximal zwei Jahre weiter bzw. gar nicht. Ist das noch zeitgemäß?

In diese Ergänzungsfinanzierung hineinzugehen, haben wir uns sehr schwer getan. Aber wir haben eingesehen, es geht nicht anders. Die Zweijahresobergrenze war die Begrenzung für den Einstieg. Vor dem Hintergrund des Arbeitsmarktes, der

unsere Befürchtungen noch immer übertrifft, werden wir die Frage des Zeitraums neu ordnen müssen. Nach dem Gespräch hier lasse ich prüfen, um welches ‚Mengengerüst‘ es geht. Zumindest für Berufe mit Zukunftsperspektive.

Es ist gut, wenn wir uns für klare Regelungen entscheiden. Im Einzelfall ist das nicht immer im Sinne der Betroffenen, aber die sollen wissen, wo sie mit uns dran ist. Unsere Sorge sind nicht Einzelentscheidungen, sondern Präzedenzfälle – die hängen sich automatisch dran.

Was können wir uns unter Hilfen zur Arbeit vorstellen?

Hilfe zur Arbeit vermitteln alle Sachbearbeiter. Es gibt aber eine besondere Gruppe, die nichts anderes macht: eine Mitarbeiterin, ein Mitarbeiter und das dreiköpfige Beratungsteam, das auch die Bezirksverwaltungsstellen Hiltrup und Nord abdecken. Bei einer Fallzahl je Mitarbeiter von 140 stehen wir aber oft unter Zeitdruck, ein Beratungsgespräch wird dann schwierig. Dann versuchen wir es intensiver, ob einzeln oder in der Gruppe, mit den ‚Spezialisten‘.

Wer hat das Sagen, wenn Unstimmigkeiten in den Hilfen zur Arbeit auftreten?

Ich glaube nicht, daß die Sachbearbeitung eine Entscheidung der Hilfen-zur-Arbeit-Gruppe konterkariert. Käme es zu Konflikten, müßte der Vorgesetzte entscheiden, wenn's ganz schwierig wird, ich, aber so hoch möchte ich das nicht hängen. Letzten Endes geht es darum, ein Problem gemeinsam zu lösen. Wenn aber ein Teil ‚hü‘, der andere ‚hott‘ sagt, soll Michael Willamowski informiert werden. Er leitet die Abteilung für Hilfen außerhalb von Anstalten und Heimen und ist mein Stellvertreter.

An Bewerbungsnachweisen wurden früher zwölf im Monat verlangt, höchstrichterlich wurden sie auf circa vier begrenzt. Einvernehmliche Absprache soll erfolgen, die Arbeitsmarktlage berücksichtigt werden. Wie sieht die Praxis hier aus?

Das Wichtigste für uns ist nicht der formale Rahmen. Bei einer bestimmten Anzahl werden Mittel und Wege gefunden, diesen bis hin zur Persifizierung des inhaltlichen Anliegens zu überdehnen. Wir legen es darauf an, die Ehrlichkeit der Bemühungen dokumentiert zu kriegen; ein Mal Bewerben im Halbjahr kann nicht angehen.

Wir müssen mit dem Hilfesuchenden in einem so ehrlichen Dialog stehen, daß wir der Aufrichtigkeit seiner Bemühungen vertrauen können. Wenn das funktioniert, werden wir mit einer Bewerbung in der Woche auskommen. Wir werden weiter ein gewisses Minimum fordern müssen, ich halte das für zumutbar und gesetzlich korrekt.

Einige Bemühungen in der Politik zielen auf erleichtertes Dazuverdienen im Sozialhilfebezug. Wer aber heute zum Beispiel zwei Monate einen Job hat und dann erneut zum Sozialamt kommt, muß mit der Anrechnung seines zuletzt – für den zurückliegenden Zeitraum! – gezahlten Verdienstes rechnen. Wie ist die Handhabung, nachdem das Bundesverwaltungsgericht sagte, das Geld sei nicht als Einkommen der Zeit nach der Neuantragstellung zuzurechnen?

Eine ganz schwierige Frage. Das Urteil müßte den Gesetzgeber ermuntern, im BSHG Dinge klarzustellen. Faktum ist, die bisherige, die Zuflußmethode, wird flächendeckend weitergebraucht. Wie im ‚Normalfall‘ soll das Geld für den Lebensunterhalt in dem auf den Verdienstzeitraum folgenden Abschnitt dienen.

Dann wird aber der Vermögensvorbehalt der anrechnungsfreien 2 500 Mark ausgehebelt.

Das ist aber kein Betrag, den der Hilfesuchende haben müßte, sondern der nicht hindert, dennoch Sozialhilfe zu erhalten. Deswegen haben wir die Zweischienigkeit von Einkommen und Vermögen. Ich erkenne Ihr Anliegen, möchte aber die Frage offenlassen. Die Gerichtsentscheidung muß noch flächendeckend in die Praxis umgesetzt werden.

Kann Münster nicht den Vorreiter machen?

Das tun wir ausgesprochen ungern, weil es so eine Art kommunalen Verbund gibt. Wir stimmen uns mit den Umlandkreisen und den kreisfreien Städten in NRW ab. Ich bin gerne bereit, das Anliegen in die nächste überregionale Konferenz mitreinzunehmen.

Werden Bemühungen und Motivation, über kurzfristige Jobs in die ‚normale‘ Arbeit einzusteigen, durch so etwas nicht zerstört?

Unser Problem ist, daß das BSHG von ökonomischen Überlegungen völlig unberührt ist. Was Sie sagen, ist ökonomisch: Das ist vernünftig, daß derjenige, der jobbt, einen kleinen Freiraum behält. Dies ist aber in der bedarfsorientierten Landschaft des BSHG nicht zuhause. Es wäre uns sehr viel lieber, wenn solche ökonomischen Überlegungen stärker im BSHG mitberücksichtigt würden. Daß solche Anreize von uns nicht verstärkt werden können, liegt letztlich am Bedarfsdeckungsprinzip. Das hat auf der einen Seite Vorteile, hindert uns aber eben daran, andere Arbeitsansätze flächendeckend zu praktizieren.

Dann müßte das Gesetz weiterentwickelt werden, wie bereits bei den angesprochenen Ausbildungen, wenn die dauerhafte Lösung von der Sozialhilfe in Aussicht steht.

Aber das ist dann schon die Förderungsschiene über das Arbeitsamt, das der Arbeitslosigkeit begegnen soll. Wenn einer ganz normal eine Lehrstelle einget und seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten kann, gibt es bei allen nach AFG oder BAföG förderungsfähigen Ausbildungs-



Wir müssen mit dem Hilfesuchenden in einem so ehrlichen Dialog stehen, daß wir der Aufrichtigkeit seiner Bemühungen vertrauen können. Wenn das funktioniert, werden wir mit einer Bewerbung in der Woche auskommen.



Wenn die Sozialpolitik so aussieht, dann ist der Mensch zum ...

gängen nur in Härtefällen Sozialhilfe. Der typische ist, wenn jemand einen Familienangehörigen gepflegt hat und dann das BAföG ausläuft. Man sieht schon an diesem Beispiel: Um über den Paragraphen 26 überhaupt zum Zuge kommen zu können, haben wir die letzten zwei, drei Jahre zusätzlich viel Phantasie entwickelt, um überhaupt in dieser Schiene zu bleiben.

Zurück zur Aufstockungsfinanzierung, die die Kommunen – und Münster wohl auch – in nicht unbeträchtlichen Zugzwang bringt als Folge der Kürzungen im AFG zum Beispiel. Gibt es ihrer Meinung nach den Verschleppbahnhof Sozialleistung: erst einmal in der Sozialhilfe, dann kurzfristig qualifiziert, dann in der Arbeitsamtförderung, dann wieder in der Sozialhilfe, weil der Arbeitsmarkt es nicht hergibt?

Das ist spürbare Realität. Sie wissen ja, daß es auch in der Gegenrichtung Überlegungen und Programme gegeben hat. Große Städte sind hingegangen und haben für ein Jahr eine Arbeitsstelle eingerichtet, danach ist das vorbei und man ist wieder bei Nürnberg. Wenn die Sozialpolitik so aussieht, dann ist der Mensch zum Finanzierungsobjekt degradiert. Das kann es nicht sein, das haben wir in Münster nie gemacht. Auch in der anderen Ebene, von der Sie gesprochen haben, finde ich das fatal. Sicherlich, solange der Arbeitsmarkt sich nicht besser bewegt, werden wir vor solchen Situationen immer wieder stehen. Doch die Tatsache, daß wir in eine Förderung einsteigen, schützt nicht davor, daß am Ende des Qualifizierungsangebotes erneut Arbeitslosigkeit steht. Aber man gibt darüber dem einzelnen eine persönliche Motivation, deswegen halte ich diesen Weg trotzdem für richtig.

Ein großes Thema ist in letzter ist die verdeckte Armut. Der Forschungsbericht des Instituts ISL vom März besagt, bereits 1995 seien zu je 100 Sozialhilfebeziehenden noch einmal mehr als doppelt so viele Nichterfaßte hinzugekommen, die unterhalb des Existenzmini-

mums lebten. Gibt es eine Datenbasis für Münster, und wie wäre das Szenario in Bezug auf die Finanzlage, wenn diese ihre Ansprüche geltend machten?

Dazu gibt es in Münster keine Untersuchungen. Zu den Hintergründen dieser sogenannten verschämten Armut – nach den Erfahrungen, die ich über 20 Jahre gemacht habe – gibt es ganz unterschiedliche Erklärungen: Erstens, die Scheu vor der Behörde, trotz 30 Jahren Rechtsanspruchs auf Sozialhilfe (das ist das Alter des BSHG; die Red.), sich auf volle Flure zu setzen, sich bei Sachbearbeitern unangenehme Fragen gefallen zu lassen. Das zweite: Nicht zu unterschätzen ist, daß es sehr unterschiedliche Informations- und Kenntnisebenen in der eigenen Familie gibt. Eine ganze Reihe von älteren Menschen zum Beispiel – sehr ausgeprägt bei älteren Frauen –, die insbesondere ihren Kindern gegenüber einen ganz gewissen Besitzstand und Status signalisieren, der so gar nicht vorhanden ist. Sie haben eine ausgesprochene Scheu vor der Antragstellung, weil sie wissen: Kommt es zu einer Zahlung, dann steht am Ende des Fragebogens die Frage nach den Unterhaltsverpflichteten, die diese Sozialhilfe dem Sozialamt erstatten könnten, wenn sie über entsprechendes Einkommen oder Vermögen verfügen. Dadurch erlangt die Familie Kenntnis davon, daß Armut besteht.

Ob tatsächlich so ein hoher Prozentsatz wie in der Frankfurter Studie in Münster festgestellt würde, da habe ich meine Zweifel. Die Struktur hier ist im wesentlichen von Dienstleistungsbereichen geprägt, sehr vielen Lehrern und anderen



... das haben wir in Münster nie gemacht.

Beamten, Angestellten. Allerdings, wenn nur ein paar Hundert ergänzend in die Sozialhilfe dazukämen: Es könnte schon in die Hunderttausende, in die Millionen gehen. Man macht sich etwas verschwommene Vorstellungen von dem, was Veränderungen ausmachen. Es hört sich so locker an, die Sozialhilfe ist nur um 1 % erhöht worden: Das macht für die Stadt Münster 1 Million Mark jährlich aus.

Wenn Bedürftige von sich aus nicht kommen, machen Sie Öffentlichkeitsarbeit, um der verdeckten Armut zu begegnen?

Ja, regelmäßig, auf einer Vielzahl von Veranstaltungen. Wir können das nicht flächendeckend ändern, wir können das immer nur punktuell ansprechen, Denkanstöße geben, auch durch unsere SozialarbeiterInnen, die ihre Hausbesuche machen. Wir können uns nicht die Einkommensunterlagen holen und sagen: ‚Du kriegst jetzt von uns Sozialhilfe.‘ Der eigene Antrag muß schon kommen, weil unter Umständen die Auseinandersetzung mit der Familie dahintersteht.



... Finanzierungsobjekt degradiert. Das kann es nicht sein, ...

Wenn die Studie auch für Münster stimmte, hieße das ja, der Sozialhilfehaushalt müßte sich verdoppeln. Wenn Sie auch noch Aufklärungsarbeit leisten, was Sie eigentlich auch müßten, kommt der Kämmerer nicht mal an und sagt: ‚Jetzt ist aber Schluß mit Geld!‘?

Nicht weil Stadtkämmerer Tillmann früher mal unser Sozialdezernent war: Das hat in Münster noch nicht stattgefunden. Er hat für den Sozialhaushalt großes Verständnis, selbst wenn er sagt, wir fahren einen außerordentlich schwierigen Haushalt und ihr dürft euch keine Ausreiter erlauben. Es gibt auch keine Weisungen, daß wir unsere Ermessensspielräume enger setzen sollen.

Eine einfache Frage zum just begonnenen Sommer: Sozialhilfe und Urlaub, geht das?

Die einfachsten Fragen sind immer die schwierigsten. Einmal: Die Sozialhilfe ist gebunden an die örtliche Zuständigkeit. Wo der einzelne sich aufhält, zahlt der Sozialhilfeträger. Wenn einer Urlaub am Tegernsee macht, dann ist dieser bayerische Landkreis zuständig. Das zweite: Der Hilfeempfänger wird sich von seiner Hilfe schwerlich einen Urlaub zusammensparen können. Das dritte: Die Finanzierung von Urlaub ist kein sozialhilferechtlicher Bedarf und ist von uns nicht zu finanzieren. Was geht, ist eine Kur. Es gibt noch im freiwilligen Bereich Dinge wie Senioren- und Behindertenfreizeiten.

„Heil!“samer Schock?

Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus – eine bereits aus Schul- tagen bekannte Verknüpfung. Dort auf die Weimarer Republik bezogen, taucht sie seit den Wahlen in Sachsen-Anhalt – 13 % erhielt die DVU – in der Bonner Republik auf. Und sucht zwei Wochen vor der Wahl auch die Friedensstadt Münster heim.

Ohne Ortsvereine, ohne „politisch“ qualifizierte Kandidaten, aber mit massivem Geldeinsatz und der griffigen Parole: „Deutschland den Deutschen!“ landete die DVU aus dem Stand einen beachtlichen Erfolg.

Öffentlichkeit und Analysen hatten schnell eine Erklärung: die Arbeitslosigkeit im Osten. Insbesondere die Jungen haben rechts gewählt. Sie sehen für sich keine Perspektive. Die herrschenden Parteien bieten keine Zukunft, sie versprechen Arbeitsplätze, halten nichts ein. Aus Protest hätten viele DVU gewählt, aber man dürfe nicht annehmen, daß die Leute wirklich rechtsradikal wären.

Kein Ost/West-Schwarzweiß

Ist es nur ein ostdeutsches Problem, wo es zwischen 1933 und 1989 keine parlamentarisch-demokratische Erfahrung gab, wo der junge Parlamentarismus nach der Wende gleich mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch fertigwerden muß?

Nein, auch in Bremen sitzt die DVU mit im Parlament, inzwischen zum zweiten Mal. Anfangs waren es hauptsächlich alte Ewiggestrige, die rechts gewählt haben. Bei der zweiten Wahl waren es plötzlich im wesentlichen ganz junge Wähler, die der DVU den Rücken stärkten. In Hamburg ist sie äußerst knapp in der Bürgerschaftswahl gescheitert, sitzt aber in mehreren Stadtteilvertretungen. In Schleswig-Holstein saß sie im vergangenen Landtag. In Baden-Württemberg haben die Republikaner knapp 10% erreicht.

In Ostdeutschland gibt es 1,3 % Ausländer. 18 bis 20 % Arbeitslosigkeit damit erklären zu wollen, ist völlig irrational. Trotzdem: im Wahlkampf wirkt's. Politologen sagen, mit einfachen rechtsradikalen Formeln ließen sich die Verlierer des gesellschaftlichen Wandels aktivieren.

Über Arbeit gehört man dazu und hat seinen Platz in dieser Gesellschaft – heißt es. Seit 25 Jahren jedoch gibt es Massenarbeitslosigkeit; Ausleseprozesse und Ausgrenzung für viele, die „nicht direkt zu gebrauchen“ sind. Wenn die Säulen der Gesellschaft nicht glaubhaft sagen: „Ja, es gibt auf absehbare Zeit hohe Arbeitslosigkeit, und als Erwerbslose/r kann man mit Würde dazugehören“, solange werden Arbeitslose an der Frage leiden, wer unfähig ist: sie

oder die herrschende Politik. Dann kann es heißen: Tschüs, CDU, SPD und DGB, ich suche mein Heil außerhalb eurer Kreise.

Arbeitslosigkeit wirkt auch auf Menschen, die nicht arbeitslos sind. Sie wird als Druckmittel gegen die Beschäftigten benutzt, damit sie Abstriche bei Arbeitsbedingungen und Lohn hinnehmen. Drohender oder tatsächlicher Statusverlust kann Rechtsextremismus erzeugen.

Dies bestätigt eine neuere wissenschaftliche Untersuchung der Gesamthochschule Duisburg. Langzeitarbeitslose legen demnach deutlich häufiger eine fremdenfeindliche Haltung an den Tag als die vergleichbare Durchschnittsbevölkerung. Die Teilnahme an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie erfolgreiche Wiedereingliederung ändern diese Haltung zunächst nicht. Finanzielle und soziale Unterschiede erklären die politische Haltung nicht.

Herabschauen von rechts

Das Ergebnis der Forscher: Persönlich erlebter Statusverlust verglichen mit anderen beeinflußt die politische Haltung zu Fremden. Facharbeiter waren deutlich anfälliger für rechtsextreme Haltungen als Un- oder Angelernte. Und: Wer Gastarbeiter zurück in die Heimat schicken will, der schickt auch eher die Frauen an den Herd. Kurz: Wer es fürs eigene Wohlbefinden braucht, auf jemanden herabzugeschauen, hat eher eine rechtsradikale Grundhaltung. Selbstzufriedene, auch ohne jemanden unter sich zu haben, akzeptieren auch Menschen, die anders sind.

An ihrer Arbeitslosigkeit werden viele nichts ändern können. Aber die Meßlatte in diesem Wahljahr liegt für sie auf: Bewahren sie ihre innere Haltung und Kraft, ihre Menschlichkeit und ihren Mut? Oder lassen sie sich einfangen von irrationalen, vereinfachenden und menschenverachtenden Parolen rechter Rattenfänger?

Allerdings: Man muß sich hüten, Arbeitslose besonders verantwortlich zu machen für Rechtsextremismus. Die Furcht vor einem unsicheren Euro und anderen gesellschaftlichen Unsicherheiten werden auch Wohlhabende in die Arme der Rechtsradikalen treiben. 1933 haben die Nazis ihre Stimmen besonders in den Mittelschichten gewinnen können. avo



Foto: SPERRE-Archiv

Sie kommen: NPD-Aufmarsch am 12.9.98.

Ausstellung in der VHS Münster

„Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“

Die Beteiligung der Wehrmacht beim Völkermord vor allem an jüdischen Zivilisten Ost- und Südeuropas dokumentiert die Ausstellung vom 21.8.–24.9.98 (Eröffnung 20.8., Rathausfestsaal) in der VHS-Überwasser, Kathagen 7, tägl. 10–18 Uhr, do. bis 20 Uhr. Verschiedene Führungen werden angeboten. Über die „Barbarei des Krieges“ informiert die Volkshochschule Münster auch mit einem gleichnamigen Internetprojekt: www.muenster.de/stadt/vhs/wehrmacht. Dort können sich Besucher an dem Diskussionsforum beteiligen.

Keine Faschisten in den Bundestag!

„Den rechten Konsens sprengen“ – dies ist der Appell der 20. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW vom Mai. Für ein Klima, das Rechtsextremen bzw. Nazis keine Chance in den Parlamenten bietet, und um die Rechtsentwicklung zu stoppen, wird eine andere Politik gefordert:

- ◆ Schluß mit der Umverteilung von unten nach oben. Reformprojekte und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind finanzierbar.

- ◆ Das Asylrecht muß wiederhergestellt, die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht werden.

- ◆ Keine Waffenexporte, Bundeswehr: Bleib zuhause und sofortige Abrüstung. *nodi*

Kontakt: Wolfgang Freye,
Postfach 10365, 45003 Essen

Spargel, Erdbeeren, Kohl & Co: Eine Nachlese

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeitszahlen wird viel lamentiert, die Arbeitslosen sollten doch in der Landwirtschaft als Saisonkräfte eingesetzt werden, bevor Ausländern Arbeitserlaubnisse erteilt werden. Mit einer fast nicht zu verstehenden Heftigkeit argumentieren Stammtische und Stammtischpolitiker dafür, daß Arbeitslose auf die Spargelfelder, in die Erdbeeren und in die Kohlernte geschickt werden.



Foto: Netzwagen

Gebückter Gang

Davor fürchten sich nicht nur Arbeitslose, auch die Bauern wollen auf ihre polnischen Kolonnen nicht verzichten. Auch Westfalenland wird Spargelland: In den letzten zehn Jahren vervierfachte sich die Anbaufläche. Die Ausweitung der Spargelproduktion ist fast ausschließlich mit polnischen Saisonarbeitern gelaufen.

Gemüse unter Erde – Löhne unter Sau

Spargel kostet genausoviel wie vor zwanzig Jahren – hauptsächlich deshalb, weil die Spargelstecher genausoviel verdienen wie damals. Tariflohn ist zehn Mark sechzig pro Stunde. Brutto. Spargelstechen ist Knochenarbeit. Spargel wächst unterirdisch, und Spargelstechen geht nur im Bücken. 700mal Bücken für 100 DM.

Polnische Spargelstecher arbeiten von morgens bis abends, ohne von einer Familie abgelenkt zu sein. So kommen sie auf längere Arbeitszeiten. Sie arbeiten weitgehend unter Tarif oder auf Provisionsbasis für sieben Mark die Stunde oder für eine Mark pro Kilo. Die Stundenleistung ist vier bis acht Kilo pro Stunde, ein guter Stecher schafft auch schon mal zehn.

Die Unternehmer lieben die Polen, denn sie sind eingearbeitet – das ist wichtig bei einem empfindlichen Gemüse. Sie kommen freiwillig auf die Felder, nicht auf Druck des Arbeitsamtes hin.

In diesem Jahr will die Bundesregierung die Zahl der Arbeitserlaubnisse um ein Zehntel verringern auf 180.000, die

restliche Arbeit soll(ten) deutsche Arbeitslose leisten. Magerer Maximaleffekt: 20.000 Genehmigungen à ein Vierteljahr weniger machen umgelegt aufs Jahr (papiermathematisch) 5.000 Arbeitsplätze – tauglich nur als Propaganda.

Stolz brechen: Kniert nieder, Arbeitslose!

Aber ein guter Propagandaeffekt. Diese Arbeitslosen sollen sich verbeugen vor der Arbeit und sich den ganzen Tag nicht wieder aufrichten! Denen werden wir den falschen Stolz schon austreiben.

In Münsters Umland haben Arbeitsämter verstärkt Spargeljobs angeboten. Einige Arbeitslose haben sich ärztliche Atteste geholt; Rückenprobleme erlauben kein gebücktes Arbeiten ganzen Tag lang. Wer diese Entschuldigung nicht hatte und trotzdem nicht kam, dem wurde für zwölf Wochen die Arbeitslosenunterstützung gestrichen.

Zehn DM pro Stunde brutto, da kommt nicht viel zusammen. Viele Arbeitslose haben eine höhere Arbeitslosenunterstützung, als ihnen netto nach allen Abzügen bleiben würde. Feiner Zug: Das Arbeitsamt legt bis 25 DM pro Tag drauf, damit die Jobs nicht als unzumutbar abgelehnt werden können.

Für Polen bedeuten 100 DM brutto pro Tag

eine Menge, in Polen verdienen sie diese Summe nicht mal in einer Woche. Und: In ihrer Heimat können sie damit ein Mehrfaches verglichen mit Deutschland kaufen. Die Edelstangen-Produzenten müssen sich eine gewisse Verantwortung zu-rechnen lassen, daß sie eine Arbeit anbieten, die „ihren Mann“ nicht ernährt.

Würden die Polen auf deutschen Spargelfeldern polnischen Stundenlohn verdienen, würde kaum ein Pole für Deutschland stechen.

Bei der Stange bleiben: Tierisches Stechen

Und außerdem gibt es jetzt den Spargelfuchs: Ein findiger Mechaniker aus Raesfeld hat ein Erntegerät erfunden, mit dem sich der Spargel ohne Bücken ernten läßt. Die Arbeitsleistung ist nahezu doppelt so hoch. Mit neuen Maschinen wird oft Erwerbsarbeit vernichtet – in der Spargelernte jedoch gereicht der Fluch zum Segen.

Diese Innovation wird denen ein Dorn im Auge sein, die es für sich brauchen, anderen Menschen einen Tritt zu geben. Aber nach der Spargelernte kommt ja die Erdbeerernte, da gibts neue Möglichkeiten Arbeitslose zu demütigen. 470

Ausländische Saisonkräfte

In der deutschen Landwirtschaft arbeiten 200.000 ausländische Saisonkräfte, 90 % aus Polen. Arbeitserlaubnisse erteilt das Arbeitsamt pro Betrieb maximal für fünf Monate. Ausländische Hilfskräfte dürfen maximal drei Monate in Deutschland arbeiten.

Die Bauern wollen gegen die Bundesregierung klagen, denn ohne die ausländischen Saisonhelfer müßten sie ihren Spargel unterpflügen oder ins Kraut schießen lassen, wie teils schon aktenkundig. 470

sic

Sozialhilfeberatung im cuba
Achtermannstraße 10-12
48143 Münster Telefon 5 88 56

Beratungszeiten
Di - Fr 9 - 12 Uhr
Do 15 - 17 Uhr

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende
Do 10 - 12 Uhr

Sozialhilfe-Sorgentelefon
Mo und Mi 15 - 17 Uhr Telefon 4 35 44

Schlemmermenüs für Sozialschmarotzer

Kohlrabi ist ein nahrhaftes und preiswertes Saison Gemüse dieser Jahreszeit. Es hält sich bis zu vierzehn Tagen im Kühlschrank, nachdem man das Grün entfernt hat.

Vorspeise

Kohlrabisalat

Benötigt werden:

- 2 Kohlrabis
- 3 Eier
- Essig, Öl, Gewürze

Zubereitung:

Eier hart kochen. Kohlrabis waschen, schälen und fein reiben. Eine Vinaigrette herstellen aus Salz, Pfeffer, Senf, Zucker, Kräutern, Essig und Öl.

Kohlrabis und kleingehackte Eier in einer Schüssel anrichten und die Vinaigrette darübergießen. Dazu reicht man Baguette oder Fladenbrot.

Hauptgericht

Gefüllte Kohlrabis

Benötigt werden:

- 4 kleine Kohlrabis
- 250 g Gehacktes
- 1 altbackenes Brötchen (2 Tage alt)
- Salz, Pfeffer
- 50 g Butter
- 1/2 l Fleischbrühe
- 1 Ei
- 1 Prise Muskatnuß
- 1/4 TL Schnittlauch
- 1/4 TL kleingehackte Petersilie

Zubereitung:

Das Brötchen in reichlich Wasser einweichen. Aus Gehacktem, Petersilie, Schnittlauch, Ei, Salz, Pfeffer, Muskatnuß eine Farce herstellen. Das eingeweichte Brötchen gut ausdrücken und untermengen. Die Farce zugedeckt in den Kühlschrank stellen. Kohlrabis abschälen, alles Harte entfernen und im Ganzen halbgar kochen, aus dem kochenden Wasser nehmen, vorsichtig einen Deckel abschneiden und vorsichtig mit einem Teelöffel aushöhlen, ohne sie zu zerstören. Die Farce einfüllen, mit dem Deckel verschließen, dabei rechts und links mit je zwei Zahnstochern befestigen. In einen flachen nicht zu grossen Topf stellen, Fleischbrühe und Butter hinzufügen. Auf kleiner Flamme in ca. 30 min garkochen.



Illustration: Vassilofz

Jetzt Kohlrabis herausnehmen, die Zahnstocher entfernen und auf einer Platte anrichten. Die Soße mit einem EL Mehl andicken, durch ein Sieb streichen und über die Kohlrabis geben. Dazu reicht man frische Kartoffeln.

Nachtisch

Erdbeeren

750 g Erdbeeren vorsichtig waschen und vom Blattwerk befreien. In eine Schüssel schneiden und mit Zucker überstreuen, einziehen lassen. Später mit Schlagsahne reichen.

Wenn's fürs Kochen zu heiß ist oder die Lust fehlt: Das 30-Grad-im-Schatten-Hauptgericht

Erdbeeren-Sahnequarkspeise

Benötigt werden:

- 1000 g Erdbeeren
- 500 g Quark
- 1 Becher Sahne
- Zucker

Zubereitung:

Bis zum Kleinschneiden wie oben, dann zur Seite stellen.

Aus Quark, Sahne und Zucker mit dem Rührgerät eine geschmeidige Masse herstellen, unter die man vorsichtig die Erdbeeren gibt.

Kosten:

Die Kosten für vier Personen liegen bei 3,44 DM (Vorspeise) bzw. etwa 8,74 DM (Kohlrabi-Hauptgericht). Ich wünsche Guten Appetit. *Monika Bußmann*

Sozialhilfeurteil zu Auto und Geldwert

Car-Wars

Muß ein Sozialhilfebezieher sein Auto veräußern, wenn dessen Wert unter der Schonvermögensgrenze liegt, um dieses Geld für seinen Lebensunterhalt einzusetzen? Presseberichte über Sozialämter, die per Datenabgleich mit den Kfz-Zulassungsstellen Sozialhilfe beziehende Autohalter aufgespürt hatten, lösten eine Mißbrauchsdebatte aus.

Bisher sorgte die uneinheitliche Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte (OVGs) für Unsicherheit. Jetzt schafft ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) Klarheit: Ein Pkw kann als Schonvermögen¹⁾ geschützt sein auf Grundlage des § 88 Abs. 2 Nr. 8 Bundessozialhilfegesetz (BSHG²⁾).

Das OVG Münster (*veröffentlicht in FEVS 43, S. 338*) meinte, ein Auto sei weder Bar- noch sonstiges Geldvermögen. Deshalb sei es unerheblich, ob der Wert des Pkws die maßgeblichen Barbeträge des Schonvermögens unterschreite. Ein Kfz sei unabhängig von der Schonvermögensgrenze stets zu verwerten. Die Gegenmeinung des OVG Lüneburg (*Infafiso 1995, S. 223*) ließ wenigstens für den Verkaufserlös die Schonvermögensgrenzen gelten.

Das Urteil des BVerwG (*FEVS 48, S. 145 ff.*) verweist jetzt darauf, daß bei der Verwertung von Vermögen ein Vermögensgegenstand zunächst in einen Geldwert umgerechnet wird. Liegt dieser Betrag unter der Schonvermögensgrenze, bleibt damit „mittelbar“ auch der Vermögensgegenstand geschützt. Also: Liegt der Wert des Autos unter der Schonvermögensgrenze, braucht es nicht verkauft werden, ist es mehr wert, muß es verkauft werden. Das Geld ist bis zur Freigrenze einzusetzen. Kommt das Sozialamt jetzt zu dem Ergebnis, das ist Auto Schonvermögen, muß nachgewiesen werden, wie der Unterhalt aufgebracht wird. Aus Sozialhilfemitteln ist dies nicht statthaft. *ull*

1) Schonvermögensgrenzen in DM:

Hilfe zum Lebensunterhalt

Haushaltsvorstand	2500
Erwerbsunfähige/r etc.	4500
Haushaltsangehörige/r	1200
Kind	500

Hilfe in besonderen Lebenslagen

Hilfesuchender	4500 bzw. 8000
----------------	----------------

2) BSHG § 88 Abs. 2 Nr. 8:

„Die Sozialhilfe darf nicht abhängig gemacht werden vom Einsatz oder von der Verwertung... kleinerer Barbeträge oder sonstiger Geldwerte; dabei ist eine besondere Notlage des Hilfesuchenden zu berücksichtigen.“



Heiße Schießeisen und knisternde Erotik

Rauchende Colts

Langsam schwang sich der Marshall aus dem Sattel seines Braunen. Sein Blick war auf die staubige, menschenleere Hauptstraße vor ihm gerichtet. Er kniff die Augen zu zwei schmalen Schlitzen zusammen, denn die Mittagssonne stand tief im Zenit und blendete ihn. Sollte der Schurke von vorn kommen, hatte er kein leichtes Spiel. Links hinter dem Fenster des Barbierladens zog jemand ein Rouleau herunter. »Feiges Pack«, dachte der Marshall. Auf der anderen Seite schwangen die Klappen der Saloontür aus. Selbst von dort war nichts zu hören, nicht einmal das schiefe Geklimper des Pianisten. Der Marshall zog die Winchester aus dem Gewehrschuh seines Sattels. Dann gab er dem Braunen einen Klaps auf die rechte Hinterbacke. Das Pferd stob davon. Der Marshall lud durch, indem er den Bügel unterhalb des Abzugs nach unten drückte und wieder zurückschnappen ließ. »Zeig Dich, wenn du Mut hast!«, quetschte er zwischen den zusammengepressten Zähnen hervor. Vorne am Coral öffnete sich das Tor des Gatters. Der Marshall konnte in dem gleißenden Sonnenlicht nichts erkennen. Nur das Klirren der Sporen deutete darauf hin, daß ein Mann die Straße betreten hatte. Sein schwarzer Schatten fiel groß und schlank auf den gelben Sand der Hauptstraße. An seiner rechten Hüfte zeichnete sich die Silhouette eines Peacemaker-Colts ab. »Diese Stadt ist zu klein für Sie und mich, Marshall«, bellte er. Der Marshall schlug seinen langen Staubmantel zurück. Der Stern an seiner Brust blinkte auf. Dann senkte er langsam den Lauf der Winchester in die Horizontale ...

Der Lichtkegel einer Taschenlampe fiel auf mein Gesicht. Ich konnte nichts mehr sehen.

»Mr. Sperre?«, zischte die Stimme einer Frau aus dem Dunkel dahinter. »Draußen wartet ein Herr von der Polizei auf Sie.«

Ich stand auf – Dienst ist Dienst – und bahnte mir einen Weg bis zum Ende der Sitzreihe. »Unverschämtheit«, flüsterte einer der Aufgestandenen mir ins Ohr, dann stand ich neben der Platzanweiserin.

»Folgen Sie mir«, sagte sie. Wir gingen den dunklen Gang bis zum Ausgang hinauf. Hinter mir fielen einige Schüsse. Ich drehte mich um. John Wayne zog den Kopf

seines Braunen am Zügel herum und grinste in voller Cinemascope-Breite von der Leinwand: »Friß meinen Staub, Kleiner.«

Draußen im Foyer vor der Popcorntheke stand ein Mann im Trenchcoat. Er zückte seinen Ausweis und murmelte seinen Namen. »Drogenfahndung?«, fragte ich.

Er nickte: »Mr. Sperre, ich belästige Sie nur ungern in Ihrer Freizeit, aber es ist dringend. Wo können wir ungestört sprechen?«

Ich zeigte durch das verglaste Hauptportal des Kinopalastes auf eine Bar gegenüber. Wir gingen hinaus. Draußen blickte der Polizeibeamte auf die Neonreklame über dem Eingang zurück.

»DER MANN, DER LIBERTY VALANCE ERSCHOS«, las er laut. »Sie mögen Western, Mr. Sperre?«

Ich nickte. Dann traten wir in die Kneipe. Doc saß wie üblich mit den Jungs an seinem Tisch und spielte Poker. Er lehnte mit dem Rücken zur Wand, so daß die vorderen Beine seines Stuhls in der Luft schwebten. Er grinste zu mir rüber und tippte zur Begrüßung ohne ein Wort mit Zeige- und Mittelfinger gegen seine Hutkrempe. Drüben am anderen Ende der Theke saß Kitty. Sie erhob sich, kam auf uns zu und klimperte den Bullen mit ihren langen Wimpern schmachtend an. Ihr Blick fiel auf die Ausbeulung in seiner Hose, die sich unterhalb seiner Gürtelschnalle abzeichnete: »Tragen Sie einen Schießprügel in der Hosentasche, oder freuen Sie sich nur, mich zu sehen?«

Der Inspektor errötete. »Der Herr ist im Dienst«, sagte ich. »Ein Polyp?«, fragte sie.

Ich gab ihr einen Klaps auf den Hintern: »Schwirr ab, Süße. Wir sehen uns später.« »Eine Bekannte, Mr. Sperre?«, fragte der Polizeibeamte.

»Meine Cousine«, antwortete ich. Wir stellten uns an den Tresen. »Whisky«, orderte ich.

Der Barkeeper stellte zwei Schnapsgläser auf die blankpolierte Fläche und schenkte ein. Ich griff nach der Flasche, die er immer noch am Hals gepackt in der Hand hielt.

»Die kannst du hier lassen, Kleiner.« »Für mich bitte eine Milch«, sagte der Bulle und schob sein Glas zurück.

An den Tischen erhob sich ein dröhnendes Gelächter, doch der Barman gehorchte. »Kommen wir zur Sache, Mr. Sperre«, sagte der Bulle.

Ich warf die Kippe meiner Lucky in den Spucknapf zu meinen Füßen. »Schießen Sie los, Inspektor.«

Der Inspektor holte ein sorgfältig zusammengelagertes, schneeweißes Taschentuch hervor und breitete es auf dem Tresen auseinander. In seiner Mitte lag eine kleine achteckige Pille. Sie war himmelblau.

»Wissen Sie, was das ist, Mr. Sperre?«

Ich schüttelte den Kopf.

»Viagra«, sagte der Inspektor.

»Viagra?«, fragte ich.

»Ein Wundermittel. Es hilft Männern, denen es in gewissen Situationen an der gewünschten Standfestigkeit gebricht.«

»Eine Potenzpille?«

»Richtig, Mr. Sperre, und zwar eine sehr wirkungsvolle. Wenn Sie eine davon, eine halbe Stunde bevor Sie mit einer Dame intim werden wollen, einnehmen, stehen Sie in den nächsten vier Stunden, sooft Sie und die Dame wollen, Ihren Mann.«

Ich blickte ihn ungläubig an.

»Sie können mir getrost glauben«, sagte er. »Ich selbst habe vorhin eine geschluckt, was, wie Sie bemerkt haben werden, Ihrer Cousine nicht entgangen ist. – Mit dem Zeug wirken Sie auf Frauen wie ein Magnet.«

Ich spitzte die Lippen und stieß einen lautlosen Pfiff aus: »Wo ist der Haken an der Sache, Inspektor?«

»Gelegentlich eingenommen hat Viagra kaum Nebenwirkungen. Manche Männer klagen über Kopfschmerzen. Verständlich, immerhin fehlt das Blut, das sich mit Hilfe von Viagra stundenlang in niederen Gefilden konzentriert, an anderer Stelle.«

Er tippte sich mit dem Finger gegen die rechte Schläfe. Ich verstand.

»In höheren Dosen oder permanent eingenommen jedoch«, fuhr er fort, »zeitigt die ständige Blutleere im Hirn gravierende Folgen. Zuerst zeigen sie sich in Konzentrationschwächen und Gedächtnisschwund, enden dann aber immer im Kretinismus.«

»Kretinismus?«

»Vollständige Verblödung, Mr. Sperre. Viagra-Junkies leben in einem Zustand ständigen Wirrseins, reden dummes Zeug, behaupten in einem Augenblick dies, im nächsten das Gegenteil. – Es ist furchtbar.«

»Wo bekommt man Viagra? – Nicht, daß ich ... Die Frage ist rein hypothetisch ... Sie verstehen?«

Der Inspektor lächelte: »Natürlich, Mr. Sperre. Viagra ist bei uns nicht zugelassen, noch nicht.«

Ich zeigte auf die Pille vor uns. »Und woher haben Sie die da?«

»Genau deshalb wollte ich mit Ihnen sprechen, Sam. Viagra wird seit einigen Monaten säckeweise in unser Land geschmuggelt, wie ich aus sicherer Quelle weiß. Alle Pillen gehen an nur einen einzigen Empfänger. Diese hier und die andere, die ich bereits geschluckt habe, hat mir ein Vögelchen mitgebracht, um die Glaubwürdigkeit seines Gezwitschers zu untermauern.«

Ich nahm die Pille zwischen Daumen und Zeigefinger und schaute sie mir etwas genauer an:

»Und hat Ihr Vögelchen Ihnen auch den Namen dieses Mannes ins Ohr gesungen?«

»Hat es«, sagte der Inspektor triumphierend.

»Der Dicke Mann?«

»Glauben Sie, daß der eine besondere

Anziehungskraft auf das weibliche Geschlecht ausübt?», fragte er zurück.

«*Bum-Bum!*», entfuhr es mir. Ich schlug mir mit der Handfläche gegen die Stirn. «Natürlich. Sechzehn Jahre haben *Bum-Bum* und seine Leute in den Seilen gehangen. Jetzt stehen sie plötzlich wie 'ne Eins da und behaupten steif und fest, daß sie den *Dicken Mann* schlagen werden ...»

Etwas tippte von hinten gegen meine Schulter. Ich drehte mich um und blickte auf das vordere Ende einer kurzen, steifen Hundepetische unter meinem Gesicht. Das andere Ende hielt die ausgestreckte Rechte eines Mannes, der mir aus einem feisten Gesicht entgegengrinste. Zwischen den strahlend polierten Jacket-Kronen steckte eine lange kubanische Zigarre im Mundwinkel. Sein italienischer Anzug war perfekt geschnitten, vermochte aber nur leidlich, seine untersetzte Figur zu kaschieren. Hinter ihm hatten sich drei Männer im Halbkreis aufgebaut.

«*Bum-Bum!*», zischte der Inspektor mir zu. Er blickte auf die Pille. «Weg damit!»

Ich steckte sie in den Mund und schluckte sie herunter.

«Meine Herren, ich störe nur ungern ihre angeregte Unterhaltung. Aber meine drei Freunde hier und ich sind der Meinung, daß es Ihrer Gesundheit zuträglicher wäre, das kleine himmelblaue Geheimnis, hinter das Sie gekommen zu sein glauben, schnellstens wieder zu vergessen.»

«Wie meinen?», fragte der Inspektor.

«Ich meine, daß wir über Mittel und Wege verfügen, Ihren Mitteilungsdrang zu bremsen – äußerst unangenehme Mittel und Wege.»

Einer der drei Männer drängte sich nach vorne. Mit der rechten Hand strich er sich eine Strähne seines silbergrauen Haars aus der Stirn, dann zog er eine Pump-Gun unter seinem Trenchcoat hervor und richtete ihre Mündung auf den Inspektor.

«Darf ich die beiden umlegen, Chef?»

«Sag du's ihm, *Oscar!*», antwortete *Bum-Bum*.

«Umlegen ist gegen das Gesetz, *Glogo!*», erklärte der Angesprochene.

«Aber ihr habt doch gesagt, damit wir an die Macht kommen, ist jedes Mittel ...»

«Schnauze, *Glogo!*», fuhr *Oscar* ihn an. «Halt uns lieber den Rücken frei.»

Glogo drehte sich um und legte auf die Gäste an: «Waffen auf den Boden werfen, und mit dem Gesicht zur Wand stellen!»

Die Leute gehorchten. «Sie auch, *Miss!*», schnauzte das Silberhaar zu *Kitty* rüber.

Sie lüpfte ihren Rocksäum und zog einen kleinen Derringer aus dem Strumpfband. Ein wollüstiges Lächeln umspielte *Bum-Bum*'s Lippen: «*Oscar*, was sagt die Uhr vom alten August?»

Oscar zog eine goldene Taschenuhr aus der Westentasche: «Es ist Zeit für Ihre nächste Tablette, Chef.»

Er nickte dem unscheinbaren Mann ohne Bart zu, der die ganze Zeit über geschwie-

gen hatte. Der zückte ein Metalldöschen, entnahm ihm eine Pille und gab sie seinem Chef, während er ihm etwas ins Ohr flüster-te. *Bum-Bum* schluckte die Pille und schüt-telte den Kopf: «Nein, *Rudy*, auch wenn du noch so oft bettelst, du bekommst keine.»

«Also», fragte *Oscar*, «was soll jetzt mit den beiden geschehen?»

Bum-Bum traktierte die Innenseite sei-ner linken Hand unablässig mit leichten Schlägen seiner Hundepetische und blickte gedankenverloren zur Decke.

«Laß mich nachdenken.»

Der Inspektor tippte wieder gegen seine Schläfe. «Das kann lange dauern», raunte er mir zu.

Wir warteten. Endlich durchbrach ein Aufschrei von *Glogo* die tödliche Stille:

«Ich hab's! Wir drohen den beiden damit, solange öffentlich Stimmung gegen sie zu machen, bis sich ein paar *Glatzen* ermun-tert fühlen, ihnen das Dach über dem Kopf anzustecken.»

Bum-Bum reagierte nicht.

«Chef, ...?»

«Schnauze, *Glogo!*», bellte *Oscar*, «Siehst du nicht, daß der Chef denkt? Außerdem funktioniert die Methode nur bei Auslän-dern.»

Wieder trat Stille ein. *Bum-Bum* grübelte noch immer vor sich hin.

Dann faßte sich *Glogo* wieder ein Herz:

«Wir schmeißen sie einfach raus, und wenn sie nicht gehen wollen, kriegen sie solange nichts mehr zu fressen, bis sie frei-willig die Biege machen.»

Rudy applaudierte.

Oscar bellte: «Schnauze, *Glogo!* Das darf man nur bei Flüchtlingen.»

Bum-Bum dachte nach.

«Mir reicht's», sagte der Inspektor. «Wenn ich die Lage richtig erfasse, können Sie uns solange nichts anhaben, wie Sie nicht an der Macht sind. Stimmen Sie mir zu, *Oscar?*»

Oscar zuckte resignierend mit den Schul-tern.

«Also», sagte der Inspektor, «pumpen Sie Ihre Schwellkörper wieder ab, und trol-len Sie sich!» Er zückte seinen Ausweis. «Ich vertrete hier nämlich das Gesetz.»

Oscar bedeutete den anderen beiden mit einer leichten Kopfbewegung, sich zurück-zuziehen. *Bum-Bum* dachte immer noch nach. *Oscar* faßte *Bum-Bum* am Ärmel: «Komm, wir müssen gehen.»

Bum-Bum schreckte auf, packte den In-spektor am Kragen und schrie:

«Wenn ich erstmal auf dem Stuhl des *Dicken Mannes* sitze, dann ...»

«Komm, *Bum-Bum!*», unterbrach ihn *Oscar*, «wir gehen jetzt fein nach Hause.»

Er nahm *Bum-Bum* an die Hand.

«Darf ich noch ein bißchen Budenzauber machen?», quengelte *Glogo*. *Oscar* nickte.

Glogo bewegte die linke Hand, die den Gewehrlauf von unten umklammert hielt, auf und ab und feuerte in den großen Spiegel hinter der Theke. Dessen tausend Scher-

ben fielen senkrecht zu Boden und rissen alle Flaschen mit sich, die auf den Regal-borden gestanden hatten, die vor ihm ange-bracht waren. *Glogo* jauchzte auf. Dann stürmten die vier hinaus. Wir rannten hin-terher. Das letzte, was wir von ihnen sahen, als wir draußen vor die Tür traten, war eine Staubwolke, die die schwarze Limousine mit den getönten Scheiben hinter sich ließ, als sie davonpreschte. Ich drehte mich um und ging mit der Menge zurück in die Bar. Der Inspektor war verschwunden. Der Bar-mann warf mir einen vielsagenden Blick zu:

«*Kitty* ist mit ihm nach oben gegangen.»

Doch ich hörte kaum hin. Was passierte dort unterhalb meines Hosenbundes mit mir? Die Auferstehung des Fleisches – Halleluja! Dieses *Viagra* wirkte ja tatsäch-lich.

«Telefon, schnell!», stammelte ich dem Barmann zu. Er stellte mir eines auf den Tresen. Ich wählte ihre Nummer.

«*Holly?* Engelchen, ich bin es, Sam ... Ich weiß, daß es gerade Mitternacht durch ist, aber ich muß dich heute Nacht noch sehen. Ich muß, verstehst du? ... Ich beeile mich. Wenn ich meinem Packard Stoff gebe, bin ich in einer halben Stunde bei dir.»

Ich hängte ein und rannte zu meinem Wagen ...

«Sie kommen spät, Boß», sagte meine Sekretärin, als sie mir die Tür öffnete. Es ist gleich vier Uhr. Ich hoffe, Sie haben einen triftigen Grund, mich so lange wachzuhal-ten.»

Ich zeigte ihr meine mit Öl verschmier-ten Hände.

«Tut mir leid, Süße – Kolbenfraß. Der Wagen ist mir auf halber Strecke verreckt. Ich mußte laufen.»

Sie knöpfte meinen Trenchcoat auf. Ihr Blick fiel auf die Pracht, die sich noch immer unter dem Reißverschluß meiner Hose ab-zeichnete. In ihre kobaltblauen Augen stieg ein leichtes Glimmen, das ich noch nie darin bemerkt hatte. Sie hauchte mir einen Kuß auf die rechte Wange:

«Gehen Sie ins Bad, und waschen Sie sich die Hände, Boß. Ich erwarte Sie im Schlafzimmer.»

Im Bad machte ich kein Licht. Der matte Schimmer der nahen Kirchturmuhr, der durchs Fenster fiel, erleuchtete den Raum genügend. Während ich meine Hände säu-berte und sie abtrocknete, weckte mich das dumpfe Schlagen des Uhrwerks aus meinen törichteren Illusionen. Nein, diese Frau war nicht meine Bestimmung. Mit dem vierten und letzten Schlag spürte ich ganz deutlich, wie dieser Irrglaube in mir zusammen-schrumpfte. Meine Bestimmung ist es, mei-nen Job als *Detektiv der kleinen Leute* zu erledi-gen, egal, ob es gegen den *Dicken Mann* oder *Bum-Bum* geht. Leise schlich ich mich aus dem Haus, schlug den Kragen meines Mantels hoch und ging auf dem *Boulevard der zerbrochenen Träume* der Morgendämme-rung entgegen. – Ein Mann muß tun, was ein Mann tun muß. uuu

Urteile

Foto: Neffmaier

Nicht automatisch verfassungswidrig

Hebt das Verfassungsgericht eine Entscheidung und die zugrundeliegende Rechtsnorm als verfassungswidrig auf, gilt das nicht automatisch in gleichen Sachen bei anderen Personen. Ohne deren Widerspruch oder Klage muß nur ab dem Zeitpunkt des Urteils neu entschieden werden.

Bundessozialgericht, 11 Rar 51/96 vom 13.3.97

Daher sollten sich Betroffene mit Widersprüchen und Klagen beteiligen; die folgende verfassungsgerichtliche Klärung gilt dann für sie von Anfang an mit und nicht erst ab Urteilstermin. Erkundigen Sie sich, wo Widerspruch einzulegen Sinn macht bzw. lassen Sie ggf. ältere Bescheide wegen eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes überprüfen. *avo*

ARBEITSAMT & CO.**Amt prüft
Arbeitsaufnahme**

Wenn ein Arbeitsloser seine Arbeitsaufnahme ohne Angaben zum zeitlichen Umfang meldet, muß das Arbeitsamt selbst klären, ob die Beschäftigung mehr als kurzzeitig ist und damit der Arbeitslosengeldbezug endet. Es reicht nicht anzunehmen, daß die Arbeitslosigkeit beendet ist. *avo*

LSG Rheinland-Pfalz, L 1 Ar 212/95 vom 26.11.96

**Einkommens- ist
Anrechnungszeitraum**

Einkommen von Arbeitslosen werden für den Zeitraum auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet, für den sie bestimmt sind. Das muß nicht der Zeitraum sein, in dem ihnen die Zahlung zugeht.

Gleiches gilt für Einkommen von Sozialhilfebeziehern, z. B. eine Nachzahlung der Arbeitslosenhilfe. Stimmen hier diese Zeiträume nicht überein, kann das Geld höchstens als Vermögen angerechnet werden. *avo*

Bundessozialgericht, 11 RAr 57/96 vom 12.12.96

VWGH Baden-Württemberg, 6S 2671/95 vom 1.10.97

**Fehlauskunft bringt
Schadensersatz**

Bei einer schuldhaft unrichtigen Auskunft von Arbeitsamtsbediensteten, aufgrund der ein Arbeitsloser seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld verliert, haftet die Bundesanstalt für Arbeit für den Schaden; sie muß das entgangene Arbeitslosengeld ersetzen. *avo*

LG Oldenburg, 7 O 3772/96 vom 12.8.97

**Abbruch der Weiterbildung
ohne Sperrzeit**

Das Arbeitsamt kann nur dann eine Sperrzeit für Arbeitslose verhängen, die ihre berufliche Bildungsmaßnahme aus wichtigem Grund abgebrochen haben, wenn es nachweist, daß der wichtige Grund nicht gegeben war. *avo*

Hessisches LSG, L 10 Ar 794/94 vom 28.2.97

**Arbeitslosenhilfe ohne
Rentenzwang**

Eine Soll-Regelung verpflichtet das Arbeitsamt, Bezieher von Arbeitslosenhilfe (Alhi) zum Antrag auf Altersrente aufzufordern, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind. In atypischen Fällen, z. B. wenn die Rente erheblich niedriger ist als die Alhi, darf die vorzeitige Beanspruchung der Rente nicht erzwungen werden. *avo*

SG Freiburg, S 8 1774/97

**Berufsausbildungsbeihilfe bei
Unterhaltsverweigerung der Eltern**

Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) wird zwar nachrangig zur Unterhaltspflicht der Eltern geleistet. Weigern diese sich zu zahlen, muß das Arbeitsamt in Vorleistung treten. Das Arbeitsamt kann das Geld wiederho-

Anmerkung zu SPERRE 1/98, S. 19, „Nebentätigkeit ...“: Das Urteil bezieht sich auf die Nebentätigkeitsobergrenze von 18 Stunden vor deren Absenkung auf 15 Stunden ab 1.1.98.

Von Wilhelm Achelpöcher,
Rechtsanwalt

len und damit den Nachrang der BAB wiederherstellen, indem der Unterhaltsanspruch des Auszubildenden auf die Behörde übergeleitet wird. *avv*
LSG Niedersachsen, I 8 Ar 257/97 vom 29.9.97

Kindergeld im Auslands-Internat

Der Kindergeldanspruch für Migranteneltern besteht weiter während einer zeitlich begrenzten Ausbildung ihres Kindes im Herkunftsland. Trotz Internat bleibt sein Wohnsitz oder ständiger Aufenthalt bei seinen Eltern in Deutschland. *avv*
BSG, 10 Rkg 20/95 vom 30.9.96

SOZIALAMT & CO.

Sozialhilfe für letzte Ruhe

Bestattungskosten übernimmt das Sozialamt, anders als bei den „üblichen Ansprüchen“, auch ohne vorher informiert worden zu sein, selbst wenn die Bezahlung vor dem Amtsentscheid erfolgte. *avv*
BVWG, 5 C 13/96 vom 5.6.97

Sozialamt erzwingt Flüchtlingsunterkunft

Auch wer ausländerrechtlich nicht verpflichtet ist, in einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge zu wohnen, kann per Sozialhilferecht darauf verwiesen werden. Ob das zumutbar ist, bestimmt der Integrationsgrad. *avv*
OVG Weimar, 2 EO 514/96 vom 13.2.97

Sozialamt bürgert nicht ein

Sozialhilfebezug ist keine hinreichende Voraussetzung für eine Einbürgerung. *avv*
BVWG, 1 B 94/97 vom 5.5.97

Sozialhilfe für Staatenlose begrenzt

Verfügen Staatenlose über eine räumlich nicht beschränkte Aufenthaltsbefugnis im Bundesgebiet, kann ihnen außerhalb des Bundeslandes, das die Befugnis erteilt hat, die Sozialhilfe verweigert werden. *avv*
BVG, 1 BvR 1401/97

ABKÜRZUNGEN:

B-, Bundes-; L-, Landes-; LG, Landgericht; O-, Ober-; -G(H), -Gericht(hof); S-/S-, Sozial-/sozial-; -V-, -verfassungs-; VW-/VW-, Verwaltungs-, -verwaltungs-

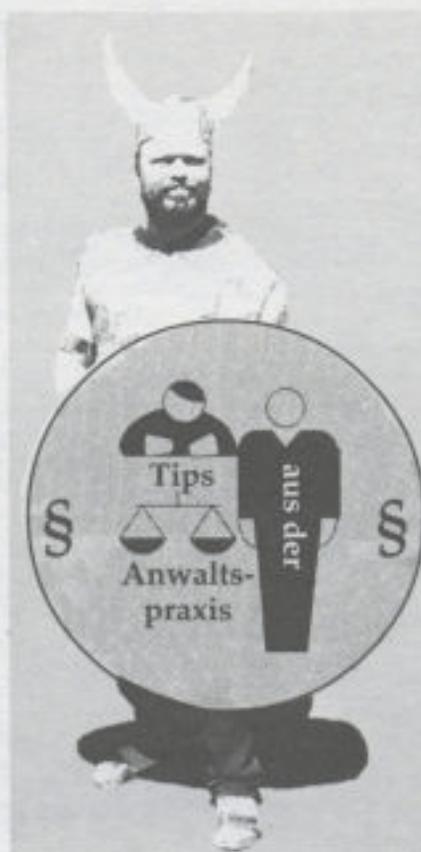


Foto: Nothnagel

Vermögensanrechnung bei Arbeitslosenhilfe

Arbeitslosenhilfe erhält nur, wer nicht über Vermögen verfügt, dessen Verwertung zumutbar ist. Angerechnet wird dabei u. a. das eigene Vermögen, aber auch das Vermögen des Ehegatten, nicht aber z. B. das Vermögen eines Kindes. Jede Person verfügt dabei über einen Freibetrag von 8.000 DM. Was darüber hinaus geht, kann, von Ausnahmen abgesehen, angerechnet werden.

Die Anrechnung erfolgt so, daß das anrechenbare Vermögen, also z. B. 12.000 DM, durch das bisherige Bruttoeinkommen geteilt wird, z. B. 3.000 DM (ohne Überstunden etc.). Für die Dauer von vier Monaten entfällt dann die Bedürftigkeit. Danach wird das Vermögen nicht angerechnet, auch wenn es nicht verbraucht sein sollte. Über den Betrag von 8.000 DM hinaus können weitere Beträge anrechnungsfrei bleiben. Auf die Dauer von fünf Jahren bleiben z. B. Abfindungen und Mittel aus Sozialplänen in Höhe von 10.000 DM zusätzlich anrechnungsfrei. Auch Entschädigungsleistungen aus Anlaß von Unfällen bleiben anrechnungsfrei. Ferner müssen z. B. Bau- und Prämiensparverträge nicht gekündigt werden, wenn der Arbeitslose bei einer vorzeitigen Kündigung mindestens 10 Prozent der angesparten Summe verlieren würde, ferner solche Verträge, bei denen prämiengünstig ein Betrag von bis zu 800 DM pro Jahr gespart wurde. Zum geschützten Vermögen gehört z. B. ein selbstgenutztes Einfamilienhaus oder der für seine Anschaffung zurückgelegte Betrag, wenn die Anschaffung binnen eines Jahres erfolgen soll. Ferner werden Lebensversicherungen zur Altersvorsorge nicht angerechnet, wenn sie nicht über 120.000 DM hinausgehen und nicht vor dem 60. Lebensjahr ausgezahlt werden, so die Praxis der Arbeitsämter. Allerdings: Maßgebend ist immer das Datum des ersten Arbeitslosenhilfeantrags.

Ewald G. würde es also nichts nützen, wenn er jetzt eine Lebensversicherung abschließt oder eine Eigentumswohnung kauft. Wer bei Abgabe seines Antrags unwahre Angaben macht und deshalb überhöhte Arbeitslosenhilfe erhält, begeht einen Betrug. Wer nachträglich Vermögen erhält, muß dieses auch angeben. Wer das nicht tut, kann gleichfalls strafrechtlich belangt werden – aber auch mit einer Buße für eine Ordnungswidrigkeit davonkommen.

Er sollte deshalb möglichst eine Arbeitslosenberatung aufsuchen.

Ewald G. erhält einen Brief vom Arbeitsamt. Anlässlich seines Folgeantrags für Arbeitslosenhilfe habe man erfahren, daß er für mehrere Bankkonten Freistellungsaufträge erteilt habe. Er wird deshalb aufgefordert, Auskunft über seine Vermögensverhältnisse zu erteilen. Das bringt Ewald G. in Verlegenheit, denn er hat auf diesen Konten Geld für Notzeiten angespart und dem Arbeitsamt gegenüber nicht angegeben. Ewald G. steckt jetzt in einer Zwickmühle: Entweder er offenbart dem Arbeitsamt sein Vermögen – dann gibt er einen Betrug zu und riskiert ein Strafverfahren, oder er schweigt – dann wird ihm die Arbeitslosenhilfe gestrichen, und die Gefahr der Strafverfolgung besteht weiterhin.



Foto: Nothnagel

Kann Frau künftig mit Kindern nur noch abschieben?

schaften und Kinder konnte das alles für das Jahr 1998 verhindern. (Wir berichteten darüber in SPERRE 5/97, S. 10.)

Wie es aussieht, währt der Erfolg nur kurz. Die Landesregierung hat gelernt, daß man nicht alle vor den Kopf stoßen kann.

So schlug sie den Weg der Gespräche und Vereinbarungen mit den Trägern – vor allem den Kirchen – ein.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) handelte mit den Kindergarten-Trägern Anfang Mai einen Kompromiß mit folgenden Einsparungen aus:

- ◆ Sach- und Personalkosten werden entkoppelt – Spareffekt: ca. 142 Mio. DM
- ◆ Rücklagen aus den Sachkosten können nicht mehr angesammelt werden – die Deckelung soll ca. 26 Mio. DM bringen
- ◆ 4 000 bis 6 000 Stellen weniger für den jetzt geringer definierten Nachmittagsbedarf, sprich kleinere Gruppen – Einsparung: ca. 268 Mio. DM.

Krippenplünderung

Landesregierung, Trägern und Kommunen einig:
Kinderbetreuung soll 630 Millionen Mark einbüßen

Rechtzeitig zur Sommerpause verhängte die Landesregierung Nordrhein-Westfalens wieder einmal eine Haushaltssperre. Eine runde Milliarde DM soll im laufenden Jahr einspart werden.

Und zwar hauptsächlich erneut dort, wo man offensichtlich wenig Widerstandspotential vermutet: bei den Erzieherinnen und bei den Etats für die Kinderbetreuung, sowohl des Kindergartenbereichs (Drei- bis Sechsjährige) als auch der Kleinstkinderbetreuung (unter 3 Jahre) und der Horte für Kinder über sechs.

Anders ist es kaum zu erklären, daß Finanzminister Heinz Schleußer vorschlägt, über die bereits von (jetzt Ex-) Sozialminister Axel Horstmann vorgesehenen 440 Mio. DM weitere 190 Mio. in diesem Bereich zu streichen.

Solche Überlegungen lagen schon vor einem Jahr auf dem Tisch. Da sollten die Elternbeiträge erhöht, der Personalschlüssel von zwei auf 1,5 pro Gruppe gesenkt und die Kindergruppen von 25 auf 30' raufgesetzt werden. Ohne Absprachen mit den betroffenen Trägern und den Kommunen verkündete Horstmann (SPD) die Streichungsvorhaben.

Ein Sturm der Entrüstung seitens der Eltern, Erzieherinnen, Träger, Gewerk-

vor allem Personalreduzierung und Sachmittelkürzungen sollen die Kosten senken, ohne daß Einbußen für Eltern und Kinder entstehen. So lauten die vollmundigen Versprechungen.

Das Land würde dabei fast 61,5 Mio. DM streichen, die Kommunen über 145 Mio., die kirchlichen Träger 219 Mio., die finanzschwachen Träger ca. 8,3 Mio. und die Elterninitiativen nahezu 5,8 Mio., insgesamt also 440 Mio. Mark.

All das, was das MAGS mit den konfessionellen Trägern und den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege ausgehandelt hat, geht dem Finanzminister nicht weit genug. Er verlangt weitere Einsparungen im Bereich der Kinderkrippen und -horte, also der Betreuungseinrichtungen für unter drei- und über sechsjährige Kinder, in Höhe von 190 Mio. DM. Im Gespräch ist auch wieder ein höherer Elternbeitrag.

Die Lasten tragen die Erzieherinnen, die Kinder und vor allem auch die Mütter. Wenn wir uns nicht ein weiteres Mal gemeinsam lautstark wehren, dann werden diesmal Träger, Kommunen und Landesregierung gemeinsame Sache machen.

Machen wir den SPD-Ministern auch diesmal einen dicken Strich durch diese Rechnung!

Anne Neugebauer

Das Poster zur Zeitung



Das SPERRE-Poster hat die Farben Dunkelblau/Gelb, Maße 70 x 100 cm; Layout: Uwe Wiedenstried, Fotos: Dirk Nothnagel.

ARBEITS-/LEBENS-/SINNLOS“, so lautete der Titel eines Plakatwettbewerbes, den der „Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit“ aus Bielefeld gemeinsam mit dem „Institut für Arbeitnehmerbildung“ in Lage-Hörste ausgeschrieben hatte.

An diesem Wettbewerb beteiligten sich 143 GestalterInnen aus Deutschland, Österreich, Frankreich und der Schweiz mit insgesamt 233 Entwürfen. Auch die SPERRE war dabei.

Die 52 besten Plakate waren zunächst im Institut für Medien und Kunst in Lage-Hörste zu sehen. Seitdem gehen sie als Ausstellung auf Wanderschaft. Bereits mehr als 20 Nachfragen aus allen Bundesländern liegen vor (Infos: SPERRE).

Zwei Mal zu bestellen: Das SPERRE-Poster kostet 8 DM (bei Versand in der Rolle stückzahlunabhängig: 1,95 DM Porto und Verpackung), für Sammel- und Schreibfreaks im Postkartenbuch „Kein Job ist so hart wie keiner“ mit den 28 weiteren besten Arbeiten 10 DM + Versand (Info, Bestellung: siehe Impressum).

Zwei Mal anzusehen: Im Internet sind die Wettbewerbsergebnisse auch in voller Farbenpracht zu bewundern: www.digitalvisions.de/kos. In natura sind das die realisierten elf Plakate (zwei 3er-Serien darunter) sowie die Postkartenedition ab jetzt in allen landesgeförderten Arbeitslosenberatungsstellen und -zentren, dank Unterstützung des NRW-Arbeits- und Sozialministeriums.

Der 1. Mai ist schon lange kein Kampftag der Gewerkschaften mehr; noch nie aber war er ein Tag, an dem Gewerkschaften sich für die Rechte und Interessen von Arbeitnehmerinnen stark gemacht hätten. Auch in diesem Jahr nicht. Das Motto: „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ richtete sich ausschließlich an Männer.

Ein Kommentar von
Anne Neugebauer



Foto: Nofhnagel

Wo bleiben FRAUEN STIMMEN in den Gewerkschaften?

An Arbeit mangelt es Frauen nicht, an Arbeit mangelt es auch in der Gesellschaft nicht. Arbeit ist genug zu bewältigen! Doch sie zählt in den Augen der neoliberalen Wirtschaftspolitiker, -wissenschaftler und -vertreter nur, wenn sie extra Profite abwirft. Also stehen Arbeit und soziale Ungerechtigkeit in engstem Zusammenhang. Nur in die-

sem Zusammenhang ist sie für die Wirtschaft vorstellbar – weltweit.

Die leisen Töne der Gewerkschaften zur sozialen Gerechtigkeit schließen Frauen meist aus. Sie setzen voll auf den lebenslang vollzeiterwerbstätigen männlichen Arbeitnehmer, auf seine soziale Absicherung und die seiner Familie. Dieses Modell ist längst überholt.

Deshalb hieß es auch in Münster am 1. Mai: „FRAUEN STIMMEN für gerechte Verteilung von Arbeit und Geld.“ Denn diejenigen, die die meiste Arbeit erledigen, haben das wenigste Geld.

Wenn Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur für Männer gelten soll, ist es unverzichtbar, daß sich die Gewerkschaften endlich auch stark machen für eine

- ◆ radikale tägliche Arbeitszeitverkürzung im Erwerbsarbeitsbereich,
- ◆ Beibehaltung der Fünftage-Woche und damit kollektiver Freizeit,
- ◆ Berücksichtigung unbezahlter Arbeit bei der Festsetzung der Arbeitszeiten,
- ◆ ganztägige qualitativ gute Betreuung für Kinder jeden Alters.

Die Kampagne „Frau geht vor“ der Gewerkschaftsfrauen muß von der gesamten Gewerkschaft getragen werden. Sie könnte antidiskriminierende Politik für Frauen im Rahmen ihrer Tarifautonomie durchaus verankern, wenn sie dazu bereit wäre. Aber auch bei den Reden zum 1. Mai war der männliche Blick auf die Wirtschafts- und Arbeitswelt geprägt davon, daß dort die Arbeit ist und in der Familie die Freizeit. Das stimmt nur für den Mann, der eine Frau hat, die ihm den Rücken freihält – oder zwei, oder drei, oder, oder ... Darüber schweigt Mann sich lieber aus und sorgt dafür, daß das Private und das Öffentliche fein säuberlich getrennt bleiben und auch die gesellschaftliche Diskriminierung nicht thematisiert wird.

Vielleicht schaffen Frauen es zum nächsten 1. Mai – zwanzig Jahre nach dem ersten Frauenblock bei der 1.-Mai-Demo in Münster, der mit Polizeieinsatz niedergeknüppelt worden ist – wieder in einem starken Frauenblock mit ihren Forderungen öffentlich präsent zu sein.

SPONSOREN

Zeitungsmachen ist teuer – deshalb freuen wir uns über jede Unterstützung. Ab einer Spende in Höhe von 20 DM wird der/die Spender/in namentlich in der nächsten Ausgabe der SPERRE genannt. Wir bedanken uns bei:

Die Theme
Grevener Str. 89-91
netz
Vorländerweg 28.

Spenden für die SPERRE an ihren Träger *Arbeitslose brauchen Medien e.V.* sind steuerabzugsfähig. Ihre Spendenquittung kommt postwendend. Über Förderabos informieren Sie gerne unsere Mitarbeiter/innen (s. Impressum, S. 3).

Foto: Nofhnagel



In diesem Jahr finden noch zwei Treffen statt:

Fr., 11. September 98, 10 Uhr
im ALZ Warendorf,
Fr., 20. November 98, 10 Uhr
im ALZ Borken.

Wir laden herzlich dazu ein.

Koordinierungstreffen auf Münsterland-Ebene

Es blieb nicht nur eine Idee, es gab ein erstes Treffen der Beratungsstellen für Arbeitslose und Arbeitslosenzentren (ALZ): am 14. Februar 1998 in der Beratungsstelle in Rheine. Regelmäßige Treffen, viermal jährlich abwechselnd in den Einrichtungen, schließen sich an (Daten, siehe oben).

Es geht um: Kennenlernen der Einrichtungen, Austausch von Aktuellem, Ansichten, Anregungen und Aktionen auf gemeinsamer Ebene.

ham

Miethaie zu Fischstäbchen

Olaf Kluge hat wohl endgültig gewonnen. Jahrelang hatte der Bewohner eines Einzelzimmers auf einer Studentenetage am Dahlweg sich gegen überhöhte Mietforderungen gewehrt. 450 DM warm sollte er im Monat für ein 14 m² großes Altbau-Zimmer zahlen. Auf dem Flur gab es noch Herd und Kühlschrank, außerdem eine etwa 2 m² große Duschkammer mit WC. Etwa 125 Einzelzimmer vermietet Henning-Wolf Münster oft zu ähnlich hohen Mieten: Olaf war der erste, der sich gewehrt hat. An ihm hat sich Henning-Wolf Münster – so sieht es jedenfalls aus – die Zähne ausgebissen.

Am 22. April endete der sogenannte *Mietwucherprozeß* vor dem Landgericht Münster. Bereits Jahre vorher hatte das Wohnungsamt 10.000 DM Bußgeld gegen Henning-Wolf Münster wegen Mietpreisüberhöhung angeordnet. Das Amtsgericht hatte den Einspruch des Vermieters zurückgewiesen, das Bußgeld allerdings auf 7.500 DM gesenkt, weil Henning-Wolf Münster unwiderlegt behauptet hatte, nicht in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben, sondern nur als Verwalter im Auftrag seiner in Spanien lebenden Mutter tätig geworden zu sein.

Gegen dieses Urteil des Amtsgerichtes legte der Angeklagte Berufung ein. Ziel: Freispruch. Die Staatsanwaltschaft legte ebenfalls Berufung ein. Sie wollte eine Verurteilung wegen sogenannten Mietwuchers erreichen. Da die Miete um mehr als 50 % über dem Üblichen liege, handele es sich nicht nur um eine Ordnungswidrigkeit (Mietpreisüberhöhung), sondern um eine Straftat gemäß § 302 a Strafgesetzbuch, sodaß eine härtere Verurteilung erfolgen müsse.

Vor dem Landgericht gab es dann einiges Hin und Her um die Frage, wie hoch denn in Münster die Mieten für Einzelzimmer überhaupt sind. Der örtliche Mietspiegel nennt nämlich nur die Mietpreise für Wohnungen, zu Einzelzimmermieten sagt er nichts. Sowohl für den Staatsanwalt als auch für den Angeklagten wurde der Prozeßausgang des-

wegen höchst ungewiß. Mit der Begründung, daß die übliche zulässige Miethöhe ausgesprochen unklar sei, hätte es zu einem Freispruch kommen können.

Andererseits hätte es auch zu einer Verurteilung wegen Wuchers kommen können, weil Henning-Wolf Münster sich bei Sachverständigen, Maklern usw. hätte erkundigen müssen, zumal er gewerblich vermietete.

Sowohl Verteidiger Ahlert als auch Staatsanwalt Hartmann war die Situation zu heikel. Beide zogen ihre Berufungen gegen das Amtsgerichtsurteil zurück.

Damit ist das Urteil des Amtsgerichtes rechtskräftig: Henning-Wolf Münster muß 7.500 DM Bußgeld zahlen.

Kaum vorstellbar, daß er nach dieser Niederlage noch die Traute haben sollte, Olaf Kluge, der die Mietzahlung seit Jahren um 120 DM je Monat gekürzt hat, auf Nachzahlung zu verklagen.

Olaf hat jetzt sein Examen gemacht und wird wahrscheinlich demnächst ausziehen. Durch seinen Widerstand hat er in sechs Jahren gut 9.000 DM an Miete gespart. Man muß sich halt nicht alles gefallen lassen.

Für Herrn Münster hat die Sache weitere Folgen. Das Wohnungsamt hat jetzt weitere Bußgelder wegen Mietpreisüberhöhungen bei anderen Einzelzimmer-

vermietungen gegen ihn verhängt. Gesamthöhe: gut 160.000 DM.

Wenn Henning-Wolf Münster gegen diese neuen Bußgeldbescheide auch vor Gericht zieht, kommt es vielleicht doch noch zu einer eindeutigen Entscheidung des Landgerichtes, welche Miethöhe in Münster für Einzelzimmer in den letzten Jahren üblich und zulässig war.

Diese Klärung könnte auch auf einem anderen Weg erreicht werden: Durch eine Aufnahme der Einzelzimmermieten in den örtlichen Mietspiegel. Dies befürworten Mietervereine und das Wohnungsamt schon lange. Nur „Haus und Grund“ – das ist der örtliche Eigentümerverband – sträubt sich. *pade*

Zum Mitwucherprozeß sind bereits Artikel in SPERRE 2, 3 und 4/1997 erschienen. Alle sind noch erhältlich.



Foto: Wiedenstrief, Montage: Vasseltz

Radlos ?

Neue und gebrauchte Fahrräder

mon - frei 13-18 Uhr
Dortmunder Str. 11
Tel: 66 57 61

LILA LEEZE
FRAUENFAHRRADWERKSTATT



Kosten der Hausreinigung

Alles sauber, oder was?

Wenn Sie sich im Mietvertrag verpflichtet haben, die „Kosten der Hausreinigung“ zu zahlen, darf der Vermieter Ihnen die Kosten der Reinigungsmittel und die Personalkosten für die Reinigung berechnen.

Die Kosten für die Anschaffung von Reinigungsgeräten (Besen, Arbeitsstiefel usw.) kann der Vermieter hingegen nicht als Teil der Hausreinigungskosten auf den Mieter umlegen (Amtsgericht Lörrach, veröffentlicht in WuM 1996, S. 628).

Die „Hausreinigung“ umfaßt nur solche Flächen, die von den Bewohnern gemeinsam genutzt werden. Für die Reinigung einer Waschküche, für die Sie laut Ihrem Mietvertrag kein Nutzungsrecht haben, müssen Sie natürlich auch nicht zahlen.

Auch die Reinigungskosten für Tiefgaragen müssen Sie bei der Betriebskostenabrechnung nicht bezahlen, wenn – wie in aller Regel – die Mietkosten für den Tiefgaragen-Parkplatz speziell gezahlt werden. Dann sind nämlich die Kosten für die Reinigung dieser Parkplätze bereits mit der speziellen Miete für den Parkplatz abgegolten.

Ist Ungeziefer aufgetreten und will der Vermieter das – beispielsweise mit einem Kammerjäger – ausmerzen, müssen Sie dafür in aller Regel keine Kosten übernehmen. Der Vermieter darf nur solche Kosten auf die Mieter umlegen, die regelmäßig anfallen.

In Großsiedlungen werden häufig professionelle Reinigungsfirmen eingeschaltet, die ihr Geld mit möglichst wenig Aufwand verdienen wollen. Die schlechte Qualität der Reinigung kann dazu führen, daß immer wieder mal so bezeichnete „Sonder-Grundreinigungen“ fällig werden und die Kosten dafür den Mietern



Foto: Nothnagel

„Ariel wäscht nicht nur sauber sondern rein“ – kennen Sie den Unterschied zwischen „sauber“ und „rein“? Klar: „Sauber“ meint, alles geputzt, ordentlich, glänzend und so. Aber was ist dann „rein“!? – Sie merken schon, ich würde mit Ihnen zusammen viel lieber über solche grundsätzlichen Fragen nachdenken als mich hier über banale „Kosten der Hausreinigung“ auszulassen. Das aber läßt weder die Redaktion der SPERRE noch mein Arbeitgeber (MieterInnen-Schutzverein) zu.

zusätzlich in Rechnung gestellt werden. Sie sollten also Ihren Vermieter informieren, wenn die Firma nicht ordentlich reinigt.

Alle Betriebskosten müssen sich im wirtschaftlichen Rahmen halten. Bei der Hausreinigung sind nach Auffassung des Amtsgerichts Münster 10 Pfennig im Monat pro Quadratmeter Wohnfläche angemessen.

Nach Gerichtsauffassung ist zum Beispiel „... die wöchentliche Beschäftigung einer Reinigungskraft für 8 Std. zur Reinigung des Treppenhauses eines dreigeschossigen Wohngebäudes mit Dachgeschoß unangemessen und unwirtschaftlich“ (Amtsgericht Münster, Aktenzeichen 52 C 500/97).

Wollen Sie die Kosten näher prüfen, können Sie vom Vermieter die Vorlage des Arbeitsvertrages sowie der Lohnabrechnungen und ggf. auch Quittungen verlangen. Viele Vermieter lehnen das mit der Begründung „Datenschutz“ ab.

Das zieht nicht. Vielmehr können Sie dann die Bezahlung der Hausreinigungs-

kosten bis zur Vorlage der gewünschten Unterlagen ablehnen. Begründung: Geldschutz.

Bei der Prüfung des Arbeitsvertrages sollten Sie auch darauf achten, welche Leistungen im einzelnen vereinbart sind. Kostentreibend sind insbesondere die Fensterreinigungsarbeiten.

Zum Beispiel ist eine wöchentliche Fensterreinigung sicherlich nicht erforderlich, treibt aber die Kosten exorbitant in die Höhe. Außerdem können Sie natürlich auch die Kosten senken, wenn Sie nachweisen können, daß bestimmte Arbeiten gar nicht oder seltener als vereinbart durchgeführt worden sind.

Sehen Sie keine Chance, die hohen Kosten zu kürzen, bleibt immer noch die Überlegung, daß die Mieter die Hausreinigung selbst übernehmen. Die Wohnungsgesellschaft Münsterland hat beispielsweise in mehreren Häusern in Kinderhaus die Hausreinigung im Einvernehmen mit den Mietern wieder auf die Mieter übertragen, sodaß diese überhaupt keine Hausreinigungskosten mehr zahlen müssen.

Manche Vermieter machen es aber auch umgekehrt: Bislang haben die Mieter die Reinigung selbst vorgenommen. Jetzt geht der Vermieter einfach hin und überträgt die Arbeiten an Dritte und will die Kosten auf die Mieter umlegen.

So etwas brauchen Mieter sich nicht gefallen zu lassen. Allenfalls nach einer entsprechenden Mahnung an den reinerhaltungspflichtigen Mieter kann der Vermieter in Einzelfällen Dritte beauftragen und die Kosten dem säumigen Mieter in Rechnung stellen.

pad

Verantwortlich für den Inhalt dieser beiden Seiten:
Mieter/innenschutzverein
Achtermannstraße 10
48143 Münster

Jobwunderland Großbritannien –
Ist Deutschland reif für die Insel?

Letzte Worte

Teil I:

Das Erbe
der Tories



„Ich habe meiner Frau und den Kindern versprochen, mit ihnen zum Cricket zu gehen.“

Mit diesen lapidaren Worten verabschiedete sich Großbritanniens konservativer Regierungschef John Major im Mai letzten Jahres von den Journalisten, bevor er Downing Street Nr. 10 für immer verließ.

Majors Understatement ist im besten Sinne britisch. Sein Abgang zeugt von Humor und Haltung. So geht ein Premier und ein Gentleman. So, Herr Kohl, geht ein Mann, der die Spielregeln achtet.

Der Wechsel ist das Selbstverständliche in einer Demokratie; auch nach achtzehn Jahren Tory-Herrschaft steht dies außer Zweifel. Der Major hat seine Schuldigkeit getan, der Major kann gehen. John

Major geht mit der Noblesse eines guten Verlierers und erhobenen Hauptes. Warum auch nicht? Schließlich hinterlassen er und seine Amtsvorgängerin Margaret Thatcher ein Erbe, mit dessen Pfunden ihr Nachfolger Tony Blair wuchern kann und will.

Britannien boomt. So scheint es zumindest. Fast ein Drittel aller Gelder, die ausländische Unternehmen in der EU investieren, legen sie auf der britischen Insel an. 129 Milliarden Dollar waren es zwischen 1990 und 1995, sechsmal mehr als in Deutschland. Für überseeische Firmen wie Nissan aus Japan, LG Electronics aus Korea, den taiwanischen Elektronikkonzern Chungwa oder IBM und die Softwarefirma Smart aus den USA ist Großbritannien zum Sprungbrett für den europäischen Markt geworden. Jeder dritte in Europa gefertigte Personalcomputer kommt von der Insel. Auch deutsche Firmen mischen mit, nicht erst, seitdem VW unlängst das britische Nationalheiligtum Rolls Royce aufkaufte. Die Robert Bosch GmbH z. B. stellt schon seit 1989 Lichtmaschinen in der Nähe von Cardiff her.

Britische Unternehmen sind wieder wettbewerbsfähig. London baute seine Position als europäisches Zentrum des Geldgewerbes aus. In jungen Branchen wie der Biotechnologie herrscht Gründerfieber.

Was lockt die Unternehmen auf die Insel? Das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft weiß darauf eine Antwort. Nach seinen Berechnungen lassen sich nirgendwo in der westlichen Welt annähernd so hohe Ren-

ditenerwirtschaften wie im Vereinigten Königreich. 1994 fielen auf jede Mark an Arbeitskosten 78 Pfennig Gewinn an; in den USA dagegen nur 30 Pfennig, in Japan zwölf und in Deutschland gerade mal sieben. Großbritannien ist ein Paradies für Unternehmer, und für mehr und mehr Arbeitnehmer findet sich auch ein Platz in diesem Garten Eden.

Kein Wunder, daß Tony Blair leuchtende Augen bekam, als er das Testament der Tories las. Vielleicht hätte der Chef von New Labour etwas genauer hinschauen sollen, bevor er das Erbe antrat. Das Lachen wäre ihm dann sicher längst vergangen. Hinter dem Dr.-Jekyll-Gesicht des „Thatcherismus mit menschlichem Antlitz“ verbirgt sich nämlich die Fratze der Mrs. Hyde.

Wohlfahrt in der Armutsfalle Dr. Thatcher and Mrs. Hyde

Die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 leitete das Ende des britischen Wohlfahrtsstaates ein und bedeutete zugleich den Beginn der „konservativen Revolution“. Das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitsproduktivität gingen dramatisch zurück, die Arbeitslosigkeit stieg deutlich an, die Inflationsrate explodierte 1975 auf 24,2 %. 1976 waren die Devisenreserven erschöpft, und

die damalige Labour-Regierung war gezwungen, einen längerfristigen Sonderkredit des Internationalen Währungsfonds aufzunehmen, der an wirtschafts- und finanzpolitische Auflagen gebunden war, die nur gegen die Gewerkschaften durchzusetzen waren. Die Reallohne sanken. Zur Jahreswende 1978/79 erlebte Großbritannien im „winter of discontent“ die größte Streikwelle der Nachkriegsgeschichte.

Dies war der ideale Nährboden für die *Newe Rechte* um Margaret Thatcher und Keith Joseph. Die *Newe Rechte* machte in Anlehnung an neoliberale Wirtschaftstheoretiker aus den USA wie Milton Friedman, Charles Murray und Lawrence Meade, vor allem aber auf Grundlage der Werke von Friedrich August von Hayek den abwertend als „Anspruchsgesellschaft“ bezeichneten Wohlfahrtsstaat selbst für die krisenhafte Entwicklung verantwortlich. Allerdings formulierte Margaret Thatcher erst in ihrer zweiten Legislaturperiode eine systematische Kritik an dem bestehenden System.

In einem „Green Paper“ von 1985 hieß es: Der Wohlfahrtsstaat habe eindeutig versagt, Armut zu beseitigen. Er habe eine „Kultur der Armut“ hervorgebracht, die Eigeninitiative, Arbeitsethos und das Verantwortungsgefühl gegenüber Familie und Ge-

meinschaft untergrabe. Das System der sozialen Sicherung sei zu komplex, die Verteilung der Mittel zu willkürlich. Die Hilfe werde nicht auf die wirklich Bedürftigen konzentriert. Zu großzügige Sozialleistungen hielten die Leistungsempfänger in einer Armutsfalle (*poverty trap*) gefangen und hinderten sie daran, Arbeit aufzunehmen. Private Vorsorge werde behindert, die Kosten der sozialen Sicherung seien viel zu hoch.

Das „Green Paper“ stellte die grundlegenden Prinzipien des *welfare state* in Frage, die seit dem „Beveridge-Report“¹ von 1942 zum gesamtgesellschaftlichen Commonsense gehörten, den auch die Tories mitgetragen hatten. Das Beveridge-System hatte den Staat verpflichtet, ein auf Wirtschaftswachstum basierendes Wohlfahrtssystem zu schaffen. Er sollte mit den Mitteln einer an John Maynard Keynes orientierten Nachfragepolitik Vollbeschäftigung garantieren. Weite Bereiche von Industrie und öffentlichem Dienst wurden verstaatlicht. Diese *mixed economy* sollte es ermöglichen, die volkswirtschaftliche Entwicklung umfassend zu planen. Die Sozialpolitik sollte nicht mehr Armenpolitik sein, sondern universalistischen Zielen folgen. Jeder Mensch sollte ein Bürgerrecht auf Sozialleistungen genießen.

Margaret Thatcher wollte mit dieser „Gleichmacherei“ aufräumen. Ihr „Green Paper“ wurde im *Social Security Act* von 1986 zum Gesetz. Dessen Ziele hießen nicht Vollbeschäftigung und Wohlfahrt für alle, sondern Inflationsbekämpfung, Privatisierung öffentlichen Besitzes, Abkehr vom Gleichheitsziel sowie Zentralisierung und Entdemokratisierung staatlicher Strukturen.

Der Um- bzw. Abbau des Sozialsystems betraf – wenn auch in unterschiedlichem Maße – alle fünf Hauptzweige des britischen Wohlfahrtsstaates: den Bereich der „Social Security“, den Gesundheitssektor, die „Personal Social Services (PPS)“, die Wohnungspolitik und das Bildungswesen.

Social Security

Nobody knows you, when you're down and out

Zur „Social Security“ gehören:

1. Leistungen, für die die Empfänger Beiträge in die Sozialversicherung, die *National Insurance*, eingezahlt haben, sprich Renten, Arbeitslosen- und Krankengeld sowie die einkommensbezogene staatliche Zusatzrente *SERPS (State Earnings Related Pension Scheme)*.

2. Beitragsunabhängige Leistungen ohne Bedürftigkeitsprüfung, z. B. das Kindergeld.

3. Beitragsunabhängige Leistungen mit Bedürftigkeitsprüfung, die nur diejenigen erhalten, die unterhalb einer bestimmten Einkommens- und Vermögensgrenze liegen. Hierzu gehören die Sozialhilfe, das Wohngeld und die Familienbeihilfe.

Der *Social Security Act* änderte das Beitragssystem zur *National Insurance*, in dem er verschiedene Beitragssätze für unterschiedliche Lohngruppen einführte. Über die damit verbundene Senkung der Lohn-

nebenkosten sollten Unternehmer einen Anreiz erhalten, Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor für minder qualifizierte Arbeitslose zu schaffen.

Auf Arbeitslosengeld und Leistungen der Krankenversicherung hatte man nun nicht mehr schon nach einem Beitragsjahr Anspruch, sondern erst nach zweien. Ab 1982 ließ die *Iron Lady* das Arbeitslosengeld besteuern. Zwischen 1979 und 1988 hat es nicht weniger als 38 Änderungen gegeben, die den Leistungsbezug für Arbeitslose verschärfen!

Der Staat verlagerte 1982 seine Verantwortung für die Zahlung von Krankengeld (*Statutory Sick Pay, SSP*) in der ersten 28 Wochen der Krankheit auf die Unternehmen. Für die Unternehmen entstehen jedoch keinerlei Kosten. Die soll die Versicherungsgemeinschaft der *National Insurance* tragen, wenn sie kann. Denn im Krankheitsfall kann der Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge für seinen Arbeitnehmer um die Summe des Krankengeldes reduzieren. Die politische Absicht hinter dieser Maßnahme war es, Arbeitnehmern private Krankenvorsorge schmackhaft zu machen.

Einen ähnlichen Kurs fuhr die konservative Regierung bei den Renten. Unter Labour richtete sich die Entwicklung der Renten nach den durchschnittlichen Einkommenssteigerungen. Margaret Thatcher koppelte sie an die Entwicklung der Preise, die in der Regel unter der der Einkommen liegt. Dann schränkte sie die Leistungen der staatlichen Zusatzrente *SERPS* ein, um die Attraktivität konkurrierender betrieblicher und privater Zusatzrenten zu erhöhen.

In Großbritannien setzt sich die Rente aus einer staatlichen Grundrente sowie einer betrieblichen, privaten oder staatlichen Zusatzrente zusammen. In die *Nationale Versicherung (NICs)* für die staatliche Zusatzrente *SERPS* zahlten vor allen Dingen Frauen und schlecht entlohnte Arbeitnehmer ein, die keine betriebliche Altersvorsorge erhielten. Mit Grundrente plus *SERPS* kamen deren Bezieher jedoch auf kaum die Hälfte ihres früheren Erwerbseinkommens.

1993/94 lag die Grundrente bei 56,10 Pfund (168,30 DM) pro Woche für eine Einzelperson bzw. 89,90 Pfund (266,70 DM) für ein Ehepaar und war damit im Vergleich zum Durchschnittslohn weniger wert als 1948! Mitte der neunziger Jahre war der staatliche Anteil der Rentenversorgung in Großbritannien kleiner geworden als in jedem anderen Land in Europa. Mehr als fünf Millionen Menschen traten aus *SERPS* aus und suchten nolens volens ihr Heil bei privaten Versicherungsgesellschaften. Neben dem nationalen Gesundheitsdienst war die allgemeine Grundrente das Herzstück des Beveridge-Sozialstaatsmodells einer umfassenden Volksversorgung. Im Bereich Rente hat Margaret Thatcher am deutlichsten mit dem alten System abgerechnet.

Unter den Tories mußten alte Menschen nicht nur um ihren Sparstrumpf, sondern auch um das Dach über ihrem Kopf bangen.

Thatcher strich das Wohngeld (*housing benefit*) rigoros zusammen und verschärfte die Kriterien für dessen Inanspruchnahme. Das „*housing benefit supplement*“, ein ergänzendes Wohngeld für finanziell besonders schlecht gestellte Mieter, schaffte sie ganz ab. Von dieser Regelung waren insbesondere Renter betroffen, die in großer Zahl ihre Ansprüche verloren.

Auch die lieben Kleinen sollten unter Thatchers Regierung zu kurz kommen. Sie ließ das Kindergeld einfrieren und die kostenlose Milch und Schulmahlzeit für Kinder bedürftiger Familien durch einen niedrigeren Pauschalbetrag ersetzen.

John Major zeigte ebensoviel Herz für Kinder. 1993 ließ er die *Child Support Agency (CSA)* – Agentur zur Unterstützung von Kindern ins Leben rufen. Ziel der CSA war es, sicherzustellen, daß Elternteile, die nicht bei der Familie leben, ihren Unterhaltverpflichtungen nachkommen. Die CSA sollte also säumige Zahler aufspüren und so den Staatsäckel entlasten. Die Major-Regierung dachte jedoch keineswegs daran, die zurückgeforderten Alimente für die Kinder zu verwenden, wie es der Name der Agentur nahegelegt hätte. Im Gegenteil: Die Mehreinkommen dienten als Vorwand, alleinerziehenden Eltern die Sozialleistungen weiter zu kürzen. Erst 1995, nach heftigen Protesten in der Öffentlichkeit, sah sich die Regierung gezwungen, Änderungen an dem Programm vorzunehmen. Majors Sozialminister Peter Lilley machte aber bis zum bitteren Ende der Tories im Mai 1997 keinen Hehl aus seiner Absicht, nach dem Vorbild USA, wo einige Bundesstaaten unverheiratete Mütter mit dem Entzug jeglicher Finanzmittel bestrafen, die Unterstützung für alleinerziehende Eltern zu kürzen.



Die Konservativen ließen auch die Sozialhilfe nicht ungeschoren. Sie änderten ihren Namen von *Supplementary Benefit* zum *Income Support* und organisierten sie neu. So wurde ein Teil der vormaligen Sozialhilfeleistungen, der für außerordentliche Anschaffungen eingerichtet war (vergleichbar mit unseren einmaligen Beihilfen), in Darlehen umgewandelt und einem neu geschaffenen Sozialhilfefonds unterstellt.

Income Support erhalten Menschen ergänzend zu ihrem niedrigen Einkommen, wenn ihre Wochenarbeitszeit weniger als sechzehn Stunden beträgt sowie Personen ohne Einkommen mit nur geringen Ersparnissen. Auch nicht im Elternhaus lebende arbeitslose Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren können *Income Support* beantragen. Die Höhe der Leistung richtet sich nach Alter, Familienstand sowie Zahl und Alter der Kinder.

In Großbritannien gab es 1996 etwa 4,8 Millionen Sozialhilfeempfänger. 70 % der 1,7 Millionen Alleinerziehenden (fast ausschließlich Frauen) gehörten dazu. 1996 umfaßte das britische Wohlfahrtsbudget 88,7 Milliarden Pfund. 14 Milliarden Pfund (42 Mrd. DM) entfielen allein auf *Income Support*.

Eine einkommenslose Familie mit drei Kindern unter sechzehn Jahren muß mit wöchentlich insgesamt 77,15 Pfund (= 231,45 DM) Eltern- und 58,55 Pfund Kinderanteil (= 175,65 DM) plus jeweils zehn Pfund (30 DM) Kindergeld auskommen. Macht summa summarum 165,70 Pfund oder 497,10 DM in der Woche. Das sind 662,80 Pfund oder 1988,40 DM im Monat, um fünf Personen zu ernähren, Strom, Heizung, Telefon und sonstiges zu zahlen. Die Miete übernimmt das Sozialamt.

Asylbewerber haben dieselben Rechte auf *Income Support* wie britische Staatsbürger. Das klingt sozial, ist es aber nicht. Sie haben diesen Anspruch meist nur so lange, bis über ihren Antrag entschieden wurde. Weniger als 30 % der Asylbewerber erhalten danach Unterstützung. Der *Immigration and Asylum Act* von 1996 schaffte für abgelehnte Asylsuchende nämlich jegliche Sozialleistungen ab. „Vertreibung durch Aushungern“ – für diese schäbige Geschäftsidee kann die deutsche Schönbohm-Glogowski GmbH und Kohl KG mithin kein Urheberrecht beanspruchen. – Sorry, Mr. Kanther (vgl. S. 29).

Die Strategie der Privatisierung und des massiven Sozialabbaus im Bereich der „Social Security“ bewirkte genau das Gegenteil von dem, was Thatcher erreichen zu wollen vorgab: Die Kosten für „Social Security“ stiegen von ihrem Amtsantritt im Jahr 1979/80 bis 1992/93 von 44,9 Milliarden Pfund auf 74,1 Milliarden (in Preisen von 1992/93). Die Ursache hierfür liegt im strukturellen Dilemma zwischen der ökonomischen und der sozialpolitischen Strategie konservativer Regierungen.

Wer das Lohnniveau absenkt, schafft mehr Anspruchsberechtigte für diverse Sozialleistungen. Mehr und mehr Menschen

fielen in die Armutsfalle, ob sie nun Arbeit hatten oder nicht. Roger Lawson, Professor für Sozialpolitik an der Universität von Southampton, schreibt in den WSI-Mitteilungen 4/1996, S. 270: „Im Jahre 1995 lebten 50 % der erwachsenen Bevölkerung in Großbritannien in einem Haushalt, in dem jemand eine der wichtigsten nach Bedürftigkeit gewährten Leistungen erhielt, und in einer beträchtlichen Zahl der Haushalte waren diese Leistungen die wichtigste Einkommensquelle.“

National Health Service

*An apple a day
keeps the doctor away*

1946 bescherte das Beveridge-System den Briten den *National Health Service* (NHS). Dieser steuerfinanzierte nationale Gesundheitsdienst steht stärker noch als die Grundrente für die universalistischen Prinzipien einer umfassenden Vollversorgung: Jeder Bürger hat Anspruch auf eine kostenfreie und umfassende medizinische Versorgung.

Wäre es nach dem Willen der *Iron Lady* gegangen, hätten die Briten auch beim NHS bald die bittere Medizin der Privatisierung schlucken sollen. Doch der NHS war in der Bevölkerung einfach zu beliebt. Außerdem war er mit einer Million Arbeitnehmern der größte Arbeitgeber in Großbritannien. Zu seinen Angestellten gehörten besonders viele Angehörige der *middle class* (Mittelschicht), die, wie Umfrageergebnisse deutlich zeigten, Ausgabenkürzungen deutlich ablehnend gegenüberstanden.

Nicht zuletzt deshalb, weil die Ausgaben für das Gesundheitswesen deutlich unter denen in vergleichbaren Industrieländern lagen. 1992 steckte Großbritannien 6,7 % seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) in den Gesundheitssektor, Deutschland 9,1 % und die USA sogar 13,5 %. Die Konservativen wollten es sich nicht mit der *middle class* verderben. Schließlich ist die Mittelschicht als bedeutendste *pressure group* Rückgrat und gesellschaftliche Basis der „konservativen Revolution“. Schon 1983 lautete deshalb eine der wichtigsten Wahlkampfpapieren der Konservativen: „In unseren Händen ist der NHS sicher.“

Mrs. Thatcher trat einen taktischen „Rückzug aus der Ideologie“ an und setzte auf psychologische Kriegsführung: Ihre Strategie bestand vor allen Dingen darin, die „*caring and curing*“-Philosophie des NHS zu zermürben. Dem „Pflegen und Heilen“ setzte sie „Effizienz“ als Kampfbegriff entgegen.

Ab 1983 griff die Regierung mehrmals (zuletzt im *National Health Service and Community Care Act* von 1990) in die Organisationsprinzipien des NHS ein. Sie stülpte dem NHS das aus den USA stammende Konzept der „*internen Märkte*“ über, das den Wettbewerb zwischen den einzelnen Institutionen im Gesundheitswesen stärken sollte.

Die Konservativen schafften die bürokratische Zuteilung von Ressourcen ab. Sie führten den Managerposten ein und entzogen die Krankenhäuser damit der Kontrolle durch die örtlichen demokratisch legitimierten Verwaltungsgremien.

Krankenhäuser wurden so zu selbstverantwortlich geführten Trusts mit eigenen Managementstrukturen und selbstbestimmten Beschäftigungsbedingungen.

Doch sie können nicht nur ihre gesundheitlichen Dienstleistungen in verschiedenen Teilen des Landes und an den privaten Gesundheitssektor „verkaufen“, sondern auch, um lange Wartezeiten für ihre Patienten zu vermeiden, medizinische und pflegerische Dienstleistungen der „Privaten“ einkaufen (*buying in*). 1994 führte die Regierung Ranglisten ein, in denen die Leistung von Krankenhäusern und anderen Diensten beurteilt werden, um Ärzten und Patienten eine effektive Wahl zu ermöglichen.

Thatcher versuchte den Privatsektor nicht nur durch mehr Wettbewerb und „*buying in*“ zu pushen, sondern auch durch das sog. „*contracting out*“: Die NHS-Krankenhäuser vergeben zunehmend ihre Essensversorgung sowie Reinigungs- und Wäschedienste an private Unternehmen. Darüber hinaus ködert die Regierung Patienten mit Steuererleichterungen, sich privat gegen Krankheit zu versichern.

Daß mehr Wettbewerb automatisch zu mehr Effizienz – sprich: Kostensenkungen – führt, gehört zur ständig wiederholten Fehldiagnose aller marktradikalen Politquacksalber. Das britische Gesundheitssystem leidet, seit es dem Ärzteteam Thatcher/Major unters Messer geriet, an einem *hydrocephalus*



bürocraticus², der zunehmend für das Überleben des Gesamtorganismus wichtige humores pecuniaries³ absorbiert.

Professor Lawson teilt diese Diagnose:

„Es gibt bereits ausreichend Belege dafür, daß die Gesundheitsverwaltung und -bürokratie nach den Reformen bedeutend teurer geworden sind, während das System als Ganzes weiterhin finanziell zu schlecht ausgestattet ist. In den Jahren 1992-1994 stiegen die Gehälter und vergleichbare Kosten allein für die neuen NHS-Manager um 35 v. H.“

Er befürchtet noch weitere Komplikationen: „Es gibt inzwischen auch ernsthafte Bedenken, und zwar sowohl unter Befürwortern als auch unter Gegnern der Reformen, daß die neue Struktur allzu oft zu Situationen führt, in denen die Entscheidung über eine Behandlung nicht von der klinischen Notwendigkeit abhängt, sondern von den finanziellen Möglichkeiten der ‚Käufer‘ gesundheitlicher Dienstleistungen.“

Außerdem weist Professor Lawson auf „Anzeichen einer zunehmenden regionalen und sozialen Chancengleichheit in der Gesundheitsfürsorge“ hin.

Zumindest weist die Packungsbeilage zur NHS-Reform auch eine positive Nebenwirkung aus: Die Wartezeiten für Patienten haben sich deutlich verringert. 1991 gab es mehr als 150.000 Patienten, die länger als ein Jahr auf stationäre Behandlung warteten; 1995 waren es nur noch 30.000.

Personal Social Services

Nobody is perfect

Für die Personal Social Services (PSS; dt.: Persönliche Soziale Dienstleistungen) waren bis 1979 die „Social Service Departments“ der Kommunen zuständig. PSS bedeutete „community care“ – die Gemeinde kümmert sich. Sie kümmert sich um Kinder, Alte, jugendliche Straftäter, Behinderte, Alkoholiker oder Drogenabhängige. Sie kümmert sich um soziale Kontrolle, sozialen Schutz und soziale Integration.

Mrs. Thatcher kümmerte das wenig. Sie bekümmerte eher etwas anderes, nämlich, daß Labour und die verhassten Gewerkschaften auf kommunaler Ebene immer noch eine Macht waren. Deshalb: raus mit den Kommunen aus NHS und PSS.

Und wie bezeichnet man das, wenn eine Regierung versucht, Opposition auf allen Ebenen zu unterbinden? – Keine leichte Aufgabe für die Propagandaabteilung. – Am besten wählt man einem Begriff, gegen den kein aufrechter Demokrat Einwände erheben kann. Wie wär's mit einem Wort, das das genaue Gegenteil von dem besagt, was man tut? Wie wär's mit Pluralismus? Das bedeutet zwar Vielfältigkeit, aber nach der marktradikalen Logik schlägt jedes Weniger bekanntlich immer in ein Mehr um. Weniger Sozialleistungen bedeutet mehr Eigenverantwortung, mehr Gemein- und Familiensinn und – *lest but not least* – mehr in den Taschen privater Dienstleister.

Rezeptübersetzung für Nicht-Mediziner: 2. hydrocephalus = Wasserkopf
3. humores = (Körper)Flüssigkeiten; pecuniaries von pecunia = Geld

Die Konservativen übertrugen PSS an kommerzielle Anbieter, an Freiwilligen-Organisationen auf Non-Profit-Basis und an sog. informelle Akteure. Wer das ist? – Nachbarn, Freunde, Familie, eben all jene Menschen, die man nicht für ihre Arbeit bezahlen muß. Kurz gesagt: Frauen.

Wenn sich Frauen im Pflegedienst für ein „God bless you“ aufopfern, rechnet sich das für andere. Die Regierung hatte plötzlich Geld, um private Pflegeheime zu fördern. Zwischen 1979 und 1989 ver Hundertfachte (!) sich die staatliche Hilfe für kommerzielle Pflegedienste von 10 Millionen auf eine Milliarde Pfund. 1979 waren 65 % aller Heimkapazitäten im Besitz der Kommunen, 1986 nur noch 50 %.



Die Aufgaben der Kommunen beschränken sich bei PSS nur noch auf die Vergabe von Mitteln, das Setzen von Schwerpunkten sowie die Koordination und die Überwachung der Dienste.

Ach ja, der Begriff – der soziale Kahl-schlag beim PSS heißt im Thatcher-Englisch: „welfare pluralism“. Die Übersetzung von „pluralism“ findet sich im Wörterbuch übrigens zwei Worte unter „plunder“⁴. Wahrscheinlich ist jemandem in Maggies Propagandaabteilung einfach nur der Finger nach unten verwechselt. – *Nobody is perfect.*

Wohnungspolitik

My home is my castle, isn't it?

Wohnungspolitik war eine wesentliche politische Basis für die Labour-Party. In keinem westeuropäischen Land gab es so viele Sozialwohnungen (council houses) wie in Großbritannien. Rund ein Drittel aller Haushalte waren Mieter dieser council houses, deren Eigentümer die Kommunen oder gemeinnützige Wohnungsgesellschaften (Housing Associations) waren.

Die Konservativen machten sich sofort nach ihrer Machtübernahme daran, diese Politik in ihr Gegenteil zu verkehren. Im Housing Act von 1980 machten sie den Mietern von Sozialwohnungen ein Angebot, das sich für viele als Danaergeschenk entpuppen sollte: Die Mieter erhielten ein *Right to buy*, das Recht, ihre eigenen Wohnungen zu Preisen zu erwerben, die beträchtlich unter ihrem Marktwert lagen.

1991 hatten 67,6 % aller Sozialmieter von diesem Recht Gebrauch gemacht. Der Anteil der von den Kommunen vermieteten Wohnungen fiel zwischen 1981 und 1991 von 31 % auf 21,9 %. Der subventionierte Verkauf öffentlicher Wohnungen kam vor allem den Wünschen der middle class entgegen. Die anderen zahlten meist drauf oder verloren gar ihr Dach über dem Kopf. Viele der sog. owner-occupiers mußten nämlich einen Kredit aufnehmen, dessen Rückzahlung oft Schwierigkeiten machte, so daß etliche Wohnungen binnen kurzer Zeit zum Wiederverkauf standen.

Zu den finanziellen Schwierigkeiten dieser Menschen trug die Regierung noch ein weiteres Scherflein bei: 1988 hob sie die Mietpreisbindung auf. Die Folge: Die Mieten für kommunale Sozialwohnungen stiegen um 10 %, die für privat vermietete gar um 60 %!

Wer sich so aus seiner eigenen Wohnung rausgekauft hatte, stand nun vor einem neuen Problem. Wo eine neue billige Sozialwohnung finden? Die Tories reduzierten die öffentlichen Investitionen im sozialen Wohnungsbau nämlich drastisch. 1979 waren noch 114.000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gebaut worden; 1987 nur noch 33.000, ein Rückgang um 66 %! Der öffentliche Wohnungsneubau erreichte damit sein tiefstes Niveau in Friedenszeiten seit 1925.

Thatchers Wohnungspolitik hatte dramatische Folgen: Sozialmieter wurden zusehends zu Mietern zweiter Klasse. Ihre Probleme spielten in der öffentlichen Diskussion nur noch eine geringe Rolle, weil ihre Zahl drastisch zusammenschrumpfte. Zwischen 1979 und 1987 verdoppelte sich die Zahl der Obdachlosen. Noch nie lebten in Großbritannien so viele Menschen in Übergangsunterkünften wie heute. – *My home is my castle, isn't it?*

Bildungspolitik

To be or not to be

„Es gibt mehr Ding' im Himmel und auf Erden, als Eure Schulweisheit sich träumt.“ – Kritik am Bildungswesen kann in Großbritannien auf eine große Tradition zurückblicken. Heute hat sich Shakespeares Mahnung allerdings in ihr genaues Gegenteil verkehrt. „Eure Schulweisheit beschränke sich auf das, was den Profiten frommt.“ In dem Punkt waren sich Tories und Labour einig: Sein oder Nichtsein der britischen Wirtschaft, auf's engste ist's verknüpft, mit dem, was Schülern und Studenten in die Köpfe eingetrichtert. Vergebens, daß ihr wissenschaftlich schweift. Hinfort mit der Narretei humanistischer Bildung! – Und ist dies auch Wahnsinn, so hatte es doch Methode:

Mitte der siebziger Jahre hatte schon der damalige Premierminister James Callaghan (Labour) Defizite im Aus- und Bildungssystem für ökonomische Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht. Alle großen

4. plunder = dt.: Plünderung

Parteien kritisierten den geringen Qualifizierungsgrad, die schlechte Vernetzung von Bildungssystem und beruflichen Qualifikationserfordernissen sowie ein unzureichendes Angebot an technischen Wissenschaften. Die Tories zwangen das Bildungssystem in drei *Education Reform Acts* (1988/92/93) auf die Knie und damit in die Arme der Privatwirtschaft:

Sie reduzierten die öffentlichen Ausgaben für Bildung. 1975/76 machten diese 6,3 % des BIP aus, 1990 nur noch 4,9 %. Die Hochschulen wurden so abhängiger von privaten Sponsoren, die in der Regel nur dann ihre Brieftasche zücken, wenn sich die Unis mit ökonomisch verwertbarer Lehre und Forschung revanchieren. *Manus manum lavat*, umschrieben die alten Römer diesen Zusammenhang. Aber was hat das einen Elektrotechnikstudenten zu interessieren, was dieser Satz bedeutet.

Im Beveridge-System hieß das oberste Ziel der Bildungspolitik Chancengleichheit. Die konservative Regierung erhöhte die Elternbeiträge für die öffentlichen Schulen und förderte im Gegenzug Privatschulen, die aufgrund ihrer hohen Gebühren nur Kindern aus privilegierten Schichten offenstehen. Doch auch die Demokratie – schon wieder so ein unverständliches Wort aus einer untergegangenen Sprache – sollte nicht zu kurz kommen: Die meisten Bildungseinrichtungen erhielten mehr Autonomie. Sie dürfen selbst darüber entscheiden, wie sie intern ihre finanziellen Mittel verteilen, werden von einem eigenen Vorstand verwaltet, höhere Lehrkörper heißen nun *manager*, und der gute alte Direx darf sich sogar *chief executive* nennen. Dafür müssen sie jetzt aber auch so richtig ran, damit sie viele Schüler *shanghaian*. Es gibt sogar Ranglisten, in denen die Leistung der Bildungseinrichtung beurteilt wird, denn die Eltern dürfen dank John Major frei entscheiden, auf welche Schule sie ihre Kinder schicken. Nach dem Platz auf der Rangliste legt Papa Staat dann fest, wieviel Geld eine (Hoch)Schule bekommt.

So viel Freiheit und Wettbewerb kann leicht in Übermut umschlagen. Deshalb haben die Tories den von Labourmitgliedern und Gewerkschaftlern unterwanderten Gemeinde- und Bezirksverwaltungen, die bisher die Schulen und Teile des weiterbildenden Erziehungssystems kontrolliert hatten, ihre Rechte genommen, einen landesweit gültigen Lehrplan für alle staatlichen Schulen sowie strengere Inspektionen eingeführt und die Arbeitsverträge der Lehrer verschlechtert. Dazu hat sich Shakespeares Hamlet auch schon geäußert: „Wie ekel, schal und flach und unersprießlich scheint mir das ganze Treiben dieser Welt! Pfui, pfui darüber!“

Rule, Britannia!

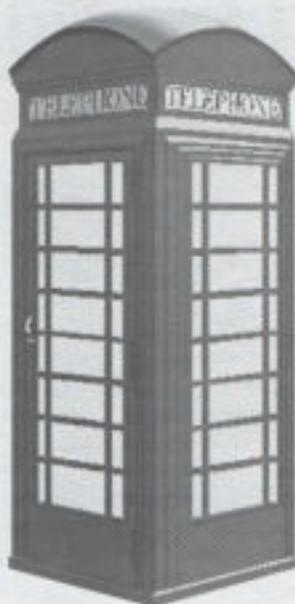
Per Fußtritt zu neuer Größe?

Blut, Schweiß und Tränen – Winston Churchills berühmte Worte klingen wie das Leitmotiv zu dem pädagogischen Konzept, mit dem die Tories ihren Briten den

Vollversorgungsphlegmatismus austreiben wollten. Schließlich haben sie nicht aus lauter Boshaftigkeit auf die „kleinen Leute“ eingepöbeln, sondern zu deren eigenem Fromm und Nutzen. Der Weg ins Paradies führt nun mal durch's Jammertal.

Und siehe da: Die Arbeitslosenzahl schnurrte zusammen. 1997 lag die offizielle Quote bei 6,2 % oder 1,7 Millionen Erwerbslosen, elf Jahre vorher war sie mit 3,1 Millionen fast doppelt so hoch. – Sagenhaft!

Es stimmt also doch. Der Mensch an sich ist träge. Deshalb ziehe man ihm den finanziellen Boden unter den Füßen hinweg, ein



Nackenschlag hier, ein gezielter Tritt dort, und schwupps erheben sich Millionen arbeitslose Couch-Potatoes wie ein Mann aus ihren Fernsehfauteuils, marschieren schnurstracks zu den Arbeitsämtern und reißen deren ob des ungewohnten Trubels verdutzten Angestellten die zahllosen Stellenangebote förmlich aus den Händen.

So haben's die Amerikaner gemacht und die Niederländer, und was die können, können die Tommies schon lange. Da staunst du, Standort D. – *Rule, Britannia!*

Schade eigentlich, daß Britanniens neue Größe ebenso kläglich wie die der Jobwunderländer USA und Niederlande an den Klippen des Kleinen Einmaleins zerschellt.⁵

Die Arbeitslosigkeit ist in Großbritannien mehr als doppelt so hoch, wie die amtliche Statistik weismacht. Nach Berechnungen der größten britischen Geschäftsbank, der HSBC, liegt sie bei 14 % oder vier Millionen Arbeitslosen. Auf diese Zahlen kommt auch eine Studie von Stephen Fothergill, Professor an der Universität Sheffield Hallam.

Seit 1979 haben die konservativen Regierungen das Statistik-Gesetz 32mal geändert. Das Ergebnis ihrer Schönrechnereien fiel jedesmal niedriger aus. Mittlerweile zählt im Vereinigten Königreich jeder, der auch nur eine einzige Stunde pro Woche arbeitet, nicht mehr zu den Arbeitslosen. Nach die-

ser Zählweise würden in Deutschland alle Menschen, die einem 620-Mark-Job nachgehen, aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen. Darshini David, Autor der HSBC-Studie, hat deshalb alle *Part-Time-Jobs* zu Vollzeitäquivalenten addiert, nicht nur für Großbritannien, sondern auch für Frankreich und Deutschland. Ergebnis: In Großbritannien sind nur 78 % der Erwerbsfähigen vollzeitäquivalent beschäftigt, in Frankreich 81 % und in Deutschland 84 %. Andersherum: Die Arbeitslosenquote Großbritanniens ist – Jobwunder hin oder her – höher als die im vielgeschmähten Standort D.

Die *Bank von England* hatte schon im August 1996 darauf hingewiesen, daß fast der gesamte Rückgang der „offiziellen“ Arbeitslosigkeit auf die zunehmende „wirtschaftliche Inaktivität“ zurückzuführen sei. Hunderttausende hätten es aufgeben, nach Arbeit zu suchen. Ergo: Es mangelt nicht am Willen, sondern an der Gelegenheit.

Bescheidene Gesellschaft

We are not amused

Massenarbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsnot und wachsende Obdachlosigkeit – das steht im Testament der Tories. Sie haben dem Gesundheitswesen harte Bandagen angelegt und die Bildungspolitik den Profitinteressen der Wirtschaft ausgeliefert. Schlimmer noch: Sie haben Arbeitslose und Arbeitnehmer entrechtet und die Gewerkschaften mundtot gemacht.

Und was sagt Tony Blair dazu? In einem Wahlspot honorierte er artig das Vermächtnis seiner beiden Vorgänger mit dem Eingeständnis, sie hätten durchaus nicht alles falsch gemacht.

Der neue Premierminister propagiert sogar die „*decent society*“, die bescheidene, anständige Gesellschaft.

Decent society – sollten Tony Blairs erste Worte, als er das Erbe der Tories antrat, auch seine letzten bleiben? Wenn ja, werden es ihm wohl viele von jenen, die gerade deshalb New-Labour gewählt haben, weil sie unter den Konservativen an Haus und Hof, Hab und Gut, Glück und Gesundheit einbüßen mußten, beim nächsten Mal, wenn sie an die Wahlurnen treten dürfen, mit jenen Worten heimzahlen, die Queen Victoria berühmt machte: „*We are not amused.*“ *uni*

From Thatcher to Blatcher?

In der nächsten SPERRE berichten wir abschließend über die Politik der Konservativen gegen Arbeitslose, Arbeitnehmer und Gewerkschaften.

Was haben Tony Blair und New Labour bisher aus diesem Erbe der Tories gemacht?

Bedeutet der Regierungswechsel auch einen Politikwechsel, oder kommen die Briten vom Regen des Thatcherismus in die Traufe des Blatcherismus?

Wenn man mehrere hunderttausend Flüchtlinge solange „aushungern“ will, bis sie „freiwillig“ in Krieg und Elend, womöglich in die Hände ihrer Folterer und Henker zurückkehren, dann ist das was? Richtig, es ist unmenschlich. Deshalb verweigerten einige Bundestagsabgeordnete der FDP diesem Gesetzesentwurf aus dem Bundesrat ihre Zustimmung. Schon wieder 'ne Koalitionskrise – Kohl blätterte in seinem Machiavelli und bestellte Kanther zu sich: *Manfred, bis zum 28. September heißt die Parole: Kreide fressen!* Selbst in den Reihen der SPD-Parlamentarier regte sich ein laues Lüftchen des Gewissens, obwohl Gerhard Schröders Innenminister Gerhard Glogowski diese schäbige Idee im wesentlichen ausgebrütet hatte. Donnerwetter! Dem eigenen Kanzlerkandidaten Wind von vorn geben. Mensch, Willy, deine Enkel tun es sogar mitten im Wahlkampf: *Mehr (innerparteiliche) Demokratie tagen.* – Ein Sieg für die Menschenwürde? Zu früh gefreut. Man tue das gleiche statt Hunderttausenden nur einigen zehntausend Flüchtlingen an, dann ist das nicht mehr



Deutschland aus Flüchtlingsperspektive.

Foto: SPERRE-Archiv

Asylbewerberleistungsgesetz: Verfassungsbruch per Rechtsangleichung

Mensch oder Flüchtling?

unmenschlich, sondern was? Richtig, ein Kompromiß. Den trägt nicht nur die große Koalition aus Union, FDP und SPD; die Mehrheit des Bundesrates macht auch mit. Die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) tritt noch in diesem Herbst in Kraft. Cornelia Sonntag-Wolgast, Beauftragte der SPD für Ausländerpolitik, kommentierte das neue Gesetz so: „Wir können mit dem Entwurf leben.“

Die Betroffenen, das anständige Deutschland und das Grundgesetz nicht.

Nach dem neuen § 1 a des AsylbLG verlieren ca. 30.000 Menschen in diesem Land jeglichen Anspruch auf Sozialleistungen. Das Sozialamt muß nicht mehr für ihre Ernährung, Wohnung, Kleidung und medizinische Versorgung aufkommen. Nur im Einzelfall soll es noch „das nach den Umständen unabweisbar Gebotene“ zum Leben gewähren. Da es seit Juni letzten Jahres ein Arbeitsverbot für Flüchtlinge gibt, stehen diese Menschen vor der Wahl, entweder auszureisen oder sich hier völlig verarmt und obdachlos mit Schwarzarbeit, Bettelei, Prostitution oder Kriminalität über Wasser zu halten. Wer sind diese Menschen? 1. Flüchtlinge, die sich nach Auffassung der Behörden nur „in den Geltungsbereich dieses Gesetzes begeben haben, um Leistungen nach diesem Gesetz zu erlangen“. 2. Flüchtlinge, bei denen „aus von ihnen zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können“. – „Wirtschaftsflüchtlinge“ also und Flüchtlinge, die sich ihrer Abschiebung widersetzen, indem sie ihre Pässe vernichten und/oder nicht an der Beschaffung eines neuen Passes mitwirken. Warum Menschen, die um Leib und Leben

fürchten, so handeln und wie verlogen die Propaganda gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“ ist, haben wir in der letzten SPERRE gezeigt.* Die ersten Entwürfe zu diesem Gesetz hatten zusätzlich auch alle „Gehudeten“, sprich Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien, Afghanistan, Algerien oder Somalia, sowie „illegal“ Eingereiste in diese Politik des „Vertreibens durch Aushungern“ einbezogen. Davon wären zwischen 250.000 und 600.000 Menschen betroffen gewesen. Massive Proteste in der Öffentlichkeit haben dies verhindert.

Juristische Gutachten von Pro Asyl sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zeigen, wie faderscheinig die Argumente der Befürworter des Gesetzes sind:

Bisher kannte nur das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) eine sog. „Um-zu-Regelung“. „Ausländer, die sich in die Bundesrepublik Deutschland begeben haben, um Sozialhilfe zu erlangen, haben keinen Anspruch“, heißt es in § 120 Abs. 3 BSHG. Um die Rechtslage zu vereinheitlichen, müsse man diesen Satz auch auf das AsylbLG anwenden, sagen dessen Befürworter. Schließlich fordere das Grundgesetz (GG) die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Warum ist denselben Leuten Artikel 3 Abs. 1 GG eigentlich nicht in den Sinn gekommen, als sie die Leistungen des AsylbLG auf 80 % dessen reduzierten, was ein Mensch nach dem BSHG zu erhalten hat und damit quasi per Gesetz einen feinen Unterschied definierten, nämlich den zwischen Mensch und Flüchtling?

Eine vereinheitlichte Rechtslage zwischen BSHG und AsylbLG schaffen zu wollen, rechtfertigt es auch nicht, die Leistungen für Flüchtlinge auf das „unabweisbar Gebotene“ zu kürzen. Nach § 25 BSHG kön-

nen die Sozialämter die Sozialhilfe reduzieren, ja ganz verweigern, wenn ein Beziehender z. B. zumutbare Arbeit ablehnt oder sich nicht um Arbeit bemüht. Derartige Maßnahmen dienen allerdings nicht der Bestrafung, sondern der Hilfe. Sie sollen den Sozialhilfebeziehenden dazu bewegen, sein Verhalten zu ändern. Kommt er seinen Mitwirkungspflichten wieder nach, gibt es auch wieder die volle Sozialhilfe. Entzieht man einem Flüchtling die Lebensgrundlage, dann nur, um ihn aus dem Land zu treiben, womit er so oder so alle Leistungsansprüche verliert. Der Gesetzgeber mißbraucht hier das AsylbLG und damit das Fürsorgerecht zum Zwecke der Bestrafung.

Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, erklärte, „die Behauptung sei falsch, die Kürzungen würden dazu führen, daß Ausländer ausgehungert oder nicht mehr medizinisch versorgt würden“ (zit. nach Reuter, 23.6.98). Ihr Wort in der Kommission Ohr. Nach der Rechtsprechung zum Sozialhilferecht ist das „unabweisbar Gebotene“ ein Ticket für die Rückfahrt sowie Verpflegung für die Reise, nichts weiter. Im verfassungsrechtlichen Gutachten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege heißt es: „Aus dem Gesetzeswortlaut oder der Begründung ergeben sich jedoch keine Maßstäbe für die Festlegung des nach § 1 a AsylbLG unabweisbaren Bedarfs.“ Letztlich bleibe es den Sozialämtern überlassen, wieviel sie geben wollen. Dabei bestehe „die Gefahr, daß die Sozialämter, da die Länder i. d. R. den Kommunen nicht sämtliche Kosten für die Leistungen nach dem AsylbLG erstatten, aus wohlverstandener Eigeninteresse im Zweifel ggf. die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise unterstellen und die Leistungen auf Fahrkarte und Reiseproviant beschränken werden. Diese Auslegung stünde mit dem Wortlaut des Gesetzes im Einklang“. Zunächst entfallt jedoch jeglicher Leistungsanspruch, und zwar für alle Betroffenen. Denn im AsylbLG gehe es nicht mehr wie im BSHG um Einzelfallbeurteilungen, „sondern um den generellen Ausschluß einer ganzen Personengruppe unter dem Vorbehalt einer günstigeren Einzelfallbeurteilung“.

Die Betroffenen können natürlich dagegen klagen, wenn das Sozialamt ihnen unterstellt, sie seien Wirtschaftsflüchtlinge. Schließlich leben wir in einem Rechtsstaat. Der konkrete Nachweis, ob Flüchtlinge tatsächlich nur nach Deutschland gekommen sind, „um ... zu“, ist kaum zu führen, glaubt selbst Heiner Geißler laut taz vom 24. Juni '98. Diese einstweiligen Rechtsschutzverfahren dauern meist mehrere Monate. Vielleicht halten ja einige ganz Harte bis dahin ohne Nahrung und Dach über dem Kopf durch. Wenn sie dann noch einen Anwalt finden, der auf sein Honorar verzichtet, stimmen vielleicht sogar sie der Ansicht Horst Seehofers zu, er habe das Gesetz nie als Sparmaßnahme angesehen, sondern immer nur als eine Möglichkeit, „für mehr Gerechtigkeit zu sorgen“ (junge welt, 24.6. '98). www



Fotos (3): Nothnagel

Wolf-Michael Catenhusen (rechts), MdB (SPD): „Viele Arbeitslose glauben noch, sie könnten sich alleine durchhauern. – Inzwischen suchen über sieben Millionen Menschen eine Arbeit. Damit ist eine Zahl erreicht, durch die die demokratische Stabilität gefährdet werden könnte.“

Endlich auf der Straße – Münsters neue -Klasse

Arbeitslosenproteste knabbern an Sozialstaatsalat

Die Liebe zur Schnecke

Kommentar von Dirk Nothnagel

Sie ist vermutlich das liebste Wild- und Heimtier, wie die Arbeitslosenprotesttage seit Februar nahelegen*). Zwar liefern sie kein einheitliches Bild, doch in Münster und anderswo nur ein Häuflein Unverwegter, die Wind, Wetter, ja sogar dem Aufruf zur Beteiligung trotzen.

Ab ins Schneckenhaus, auch wenn's gerade mal zur spärlichsten Bedeckung reicht. Noch schlimmer ohne das gewundene Heim: nackt bis auf die Haut, gezwungen, auf dem Boden in einer schleimigen Spur dahinzukriechen.

Den Boden haben die bereitet, die lieber Leimen als Lösungen schaffen, Flockeln höher schätzen als Verantwortung, diese dann in ihrer Schuld- und Sühne-



Michael Willamowski, Sozialamt Münster (2. von rechts): „Ich finde, das Sozialamt leidet unter dem Druck der Bundesregierung.“

ausprägung zu gerne abschieben. Auf die, denen unsere – wie lange noch ihre? – Gesellschaft keine existenzsichernde, anerkannte Arbeit bieten kann.

Vielleicht auch gar nicht so gerne will: Große Gruppen ebenso wie kleine elitäre, gemeinsames Merkmal: Lobbystärke, müßten abtreten. Wohl gemerkt, gemeint ist echte Teilhabe in einer auch im Familienbereich arbeitsteiligen Gesellschaft, nicht das Kreieren neuer „niederer“ Dienstleistungen; maßgeschneidert für den zunehmenden Kreis Vermögender, die sich das leisten können, durch die unverhältnismäßige Staats- – und damit Jedermann/frauförderung von Kapital, das nicht seine gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt.

Wir haben die Schnecken lieb. Vielleicht sind die Teilnehmerzahlen von oft unter einem Prozent der Betroffenen vergleichsweise gar nicht mal so niedrig. Aber ohne Traktoren und 20-Tonner ist phantasievolle Lautstärke umso wichti-



Bewerbung ins Blaue: Neue Wege der allumfassenden Arbeitssuche, ganz wie das Gesetz es ab diesem Jahr fordert.

ger. Öffentliche, Medien- und Polizeiresonanz zeigen, daß die Wirkung beachtlich ist im Brennpunkt der Bundestagswahlen im September.

Die Wirkung unter den Betroffenen selbst beschränkt sich zumeist auf die stille Hoffnung im Schneckenhaus. Denn wer will schon seine nackte Haut zur Schau stellen, wenn selbst die durch weitere Gesetzesverschärfungen noch abgezogen werden soll. Und die, die jetzt noch von Drückebergern und Abkassierern mitfassen, werden in veränderter Situation, ihrer Arbeit entledigt, in dem fortdauernden Bewußtsein des verachtenden Urteils ihrer Mitmenschen den Rückzug ins Schneckenhaus antreten.

Harmlose Tierchen können so praktisch sein.

*) Die nächsten Aktionstage: 6. August, 8. September. 

Die Wahl im Blick:

Die angezählte Zeit

Kommentar von Dirk Nothnagel

Jeder Monat zählt – vor der Bundestagswahl fast doppelt sogar. Während Lederkugelanhänger bereits den Finalpartner von Deutschlands Tretern ausknobelten, feilscht die Regierungsmannschaft parallel um den Finalsieg im November. Mit Mitteln, die selbst die Bundesanstalt für Arbeit aufmucken läßt: Das sei eben nicht so mit der Trendwende am Arbeitsmarkt; nix außer Saison- und befristeten Beschäftigungseffekten. Dem zuständigen Experten aus dem Wirtschaftssach-



Fotos (3): Nothnagel

Weihnachtschef Friedrich Ostermann (mit Mikro): „Ich vermiss das soziale Gewissen der Firmen und Arbeitgeber in schwierigen Situationen; auch dann muß an Arbeitsplätzen festgehalten werden.“

verständigenrat fehlt gar jede Vorstellung, wie die hohe Sockelarbeitslosigkeit sinken solle, und damit die Anzahl Arbeitsloser zur Jahreswende unter 4 Millionen. Eine Phantasiemarke, die man getrost jetzt schon unter der Rubrik Irrtum abgelegt sieht.

Um so wichtiger, diese Täuschungsaufstellung aus dem eigenen Kämmerlein einige Tage vor dem offiziellen Bekanntgabetermin durch die Bundesanstalt zu streuen. Von den um Wenns, Abers und Analysen entblättern Daten wird etwas Positives sicher hängenbleiben. Kohl machte es im Juni aus Frankreich vor, im Juli grätschte Waigel zuhause nochmal rein – aber eben von hinten und am Ball vorbei. Prompt kamen die fälligen Verwarnungen. Doch Platzverweis ist erst am 29.9. fällig. Wenn bis dahin diese Taktik nicht Protestler wie Gutgläubige eingekullt hat. Und die Koalition trotz miserablen Spiels mit gekonnten Schwalben noch einmal abhebt.

Ach ja: Ob es wohl eine Art von Wechselbeziehung gibt? Der Kanzler und Hans-Hubert-V.-Vertraute jedenfalls war der schwarz-rot-goldenen Elfen Glücksmaskottchen.



Höchstes Interesse: Nicht Karlsson, aber andere Beobachter vom Dach am Lambertikirchplatz (Bild links unten).

Neu in der SPERRE



Foto: Privat

Simeon Nuß

Ein Süddeutscher („Bi mir kama allemannisch schwätzte“), fast Mitte vierzig („nicht unproblematisches Alter“), gerade mal ein halbes Jahr in Münster und zufällig über die SPERRE gestolpert, ist er „gerne Mitarbeiter geworden“. Nach fünfzehn Jahren seelsorgerischer Tätigkeiten neuerdings hauptberuflich bei der Kampagne gegen Rüstungsexporte. Sein Aufbaustudium in Wirtschafts- und Gesellschaftsethik weckte das Interesse für Fragen um die Zukunft der Arbeit(sgesellschaft) und des Sozialstaates. Damit möchte er die Redaktion verstärken.

Kontopflicht und -kosten für Leistungsbezieher

Seit dem 1. Januar 1998 sind für Personen, die kein Girokonto besitzen, Barzahlungen des Arbeitsamtes wesentlich teurer geworden: Nach § 337 Sozialgesetzbuch (SGB) III sind die der Behörde entstehenden Kosten von der Leistung abzuziehen. Die nicht mehr dem Gemeinwohl verpflichtete „privatisierte“ Post langt kräftig zu.



Foto: Nothmager

Post kassiert entgegen guter Sitte

Das Arbeitsamt verlangt vier DM pro Zahlung, die es natürlich auf die Leistungsempfänger/innen abwälzt. Für eine Zahlungsanweisung zur Verrechnung, die am Postschalter einzulösen ist, wird je nach Höhe des Betrages zusätzlich eine Auszahlunggebühr zwischen 5 und 13 DM fällig. Barauszahlung durch den Zusteller ist wesentlich teurer: bei den in Frage kommenden Beträgen von mindestens 12 DM bis über 30 DM!

Die Finanzen sind frei

Leider ist es nicht Bequemlichkeit, wenn viele Arbeitslose diese Art der Auszahlung wünschen. Wer lange arbeitslos ist und erhebliche Schulden hat, dem wird oft das Konto gesperrt und dies der SCHUFA gemeldet. Damit ist dann auch die Möglichkeit verbaut, ein Konto bei einer anderen Bank einzurichten. Obwohl sie nach einer Empfehlung des zen-

tralen Kreditausschusses aufgefordert sind, für jedermann – unabhängig von Art und Höhe der Einkünfte – auf Wunsch ein Girokonto zu eröffnen und auf Guthabenbasis zu führen, halten sich viele Banken nicht daran. Obwohl eine Bankverbindung von jedem verlangt wird, gibt es immer noch keinen Rechtsanspruch auf Führung eines Girokontos.

Auch bei Leistungsempfängern mit Konto langt man ungeniert zu. Die Postbank beglückte ihre Kunden mit der Mitteilung, es gebe jetzt das kostenlose Giroplus-Konto mit einem „Feuerwerk von Vorteilen“. Für Leistungsempfänger kommt der Knalleffekt im

Kleingedruckten. Wer einen Zahlungseingang von weniger als 2.000 DM im Monat hat, zahlt zukünftig einen monatlichen Pauschalpreis von 8,50 DM, wer mehr hat, braucht für beliebig viele Leistungen keine Kontoführungsgebühr mehr zu zahlen.

Kopfstand beim Entgelt

Bisher wurde nach der Zahl der monatlichen Buchungen abgerechnet. Die neue Regelung stellt das Prinzip „Entgelt für geleistete Dienste“ auf den Kopf. Wer ein hohes Einkommen hat, nutzt das Konto auch entsprechend häufiger, verwendet Euroschecks, Geldautomaten usw. – dies alles kostenlos, die Zeche zahlt ja der „Ärmere“, dem man dann noch die Euro-scheckkarte wegen des niedrigen Einkommens verweigert. Der Ratschlag der Postbank, bis Ende September 1998 habe man ja die Möglichkeit, die monatlichen Zahlungseingänge auf 2.000 DM anzuheben und die neuen Gebühren rückwirkend erstattet zu bekommen, ist bei der gegenwärtigen gesellschaftlichen Realität blanker Zynismus. Nach dem Grundgesetz ist die Vertragsfreiheit der Marktwirtschaft nicht schrankenlos. Die Frage ist, ob ein so eklatanter Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und das Sozialstaatsgebot nicht als sittenwidrig angefochten werden sollte. Wer wagt es? *argus*

Nur Dieckstraße 73-75 DIE MÖBELRAMPE

ist eine Einrichtung zur beruflichen und sozialen Integration von Nichtseßhaften, Haftentlassenen und Alkoholikern.

Auch Sie können uns unterstützen – durch Spenden

von Möbeln, Elektrogeräten, Trödel, Hausrat aller Art*.

– durch Kauf

denn die Sachkosten, also Miete, Telefon, Material, Fahrzeugkosten usw. müssen wir selber aufbringen.

– durch Mitarbeit

wenn Sie Engagement und handwerkliches Geschick mitbringen.

*Auch komplette Haushaltsauflösungen, z. B. im Todesfall, werden von uns abgewickelt.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie uns an.
Wir stehen Ihnen gerne Rede und Antwort.

Telefon: (02 51) 2 30 11 55

KNEIPE

FRAUENSTR.

24

DURCHGEHEND
TÜRKISCHE KÜCHE
AUCH ZUM MITNEHMEN!

MO-FR VON 5.30-1 UHR
SA UND SO VON 12-1 UHR



Phönixstraße

Sieben Monate sind seit der Einweihung des Gründerzentrums vergangen, und – der Vogel fliegt. Die Idee war, wie viele gute Ideen, einfach: Potentielle Existenzgründer, auch ehemals Arbeitslose, setzen sich zusammen und versuchen, ihre Vorhaben unter einem Dach gemeinsam zu verwirklichen. Der Phönix e.V. war geboren. Das Gründerzentrum folgte.

Aufbruchstimmung im Hafen

Anders als bei anderen Gründerzentren passierte der Werdegang beim Phönix von „unten“. Aus der Selbsthilfe heraus fanden sich Gründer zusammen, um ihr gemeinsames Ziel in Angriff zu nehmen: die Schaffung von eigenen und anderen Arbeitsplätzen. Gemeinsam ist ihnen auch der Markt, den sie angehen, nämlich die Entwicklung und das Anbieten innovativer Dienstleistungen, beispielsweise Behördenservice, City-Logistik, Informations-Broking, Buchhaltungsservice, Dokumenten-Management, Gesundheitsberatung etc.

Mittlerweile können die im Phönix ansässigen Gründer Erfolge vermelden. Die Kundenakquise, eine der schwersten Hürden in die Selbständigkeit, entwickelt sich positiv. Denn was taugen die schönsten Ideen, wenn die Kunden ausbleiben?

Der Phönix, also der Trägerverein des Gründerzentrums, führt auch Veranstaltungen durch zu Themen, die Gründer interessieren, wie z. B. Marketing, Akquise, Versicherungen, Kredite etc. – eben alles rund um die Selbständigkeit.

Was der Verein ebenfalls organisiert, ist „Coaching“. Gerade in der Startphase ist es wichtig, auf Fehl- oder auch Neuentwicklungen schnell zu reagieren. Gründer „coachen“ hier Gründer. Schließlich handelt es sich beim Phönix um ein Gründer-Netzwerk.

Mittlerweile hat der Phönix europaweit Kontakt zu anderen Gründerzentren mit ähnlicher Ausrichtung aufgenommen. Solche, die aus der Eigeninitiative kommen und auch Arbeitslose ansprechen wollen, sind selten. Ziel hierbei ist es, ein Netzwerk dieser Zentren aufzubauen.

Momentan befaßt sich der Phönix mit der Konzeptionierung der „Gründerzeit“, einer Zeitung rund um das Thema Existenzgründung mit Beispielen, Anregungen und Tips.

Die umfangreiche Aktivität des Phönix und der positive Zuspruch, den er von Existenzgründern erfährt, schafft weiteren Raumbedarf. Deshalb hat der Verein eine weitere Etage angemietet, die zum Herbst hin bezugsfertig sein wird. Gespräche mit verschiedenen Interessenten haben bereits stattgefunden.

Die regelmäßig in der SPERRE stattfindende „Ideenbörse“ wird dann ebenfalls ihren Sitz in den Hafen verlegen.

Wer den Verein kennenlernen möchte, seine Adresse lautet:

Phönix e.V.
Hafenweg 15, 48155 Münster,
Telefon (02 51) 60 95 90.

Weiterhin gibt es die „Ideenbörse“ in der SPERRE. Diese findet jeden Dienstag ab 14 Uhr statt. Selbstverständlich kann man auch hier Vertreter des Vereins antreffen.



Fotos (2): Nothnagel
Eine eigene Sprache müssen Existenzgründer finden, ob mit oder ohne Förderprogramm.

Bild links oben: Fehlt noch zum Gründerzentrum: die eigene Straße.



•Wenn der Sturmwind sein Lied singt, dann winkt mir der großen Freiheit Glück.• Foto: SPERRE

Aa-Seeluft wehte den Schnupper-Seglerinnen und -Seglern am 29. Mai 1998 leicht um die Nase. Der kostenlose Nachmittag mit der Segelschule Overschmidt bildete den Auftakt für weitere Segelaktionen von SPERRE und Arbeitslose brauchen Medien. Bis hin zur Möglichkeit eines Segelscheines kann angeheuert werden. Segelfreudige Interessierte melden sich bei Maria Hamers in der SPERRE.



Beratung und Begleitung von
Arbeitslosen und ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angela Vrbanc

dienstags 8.30 bis 12 Uhr
mittwochs 14.30 bis 17 Uhr
donnerstags 8.30 bis 11.30 Uhr
und nach Vereinbarung
☎ 26 36 89
MOT-Treff Kottian
Brünningheide 28
48 189 Münster

KAI e.V. ist eine gewinnmäßige Initiative in der Kirchengemeinde St. Josef Kinderhaus, die eng mit anderen Einrichtungen im Stadtteil und im Stadtbezirk zusammenarbeitet.

„Die Börsenhändler. Die Sucht, Geld zu verdienen“

Klassische Anlageformen sind out, der Wertpapierhandel boomt und auch Otto-Normal-sparer wird in den letzten Jahren multimedial umworben, „in Aktien zu machen“. Die alltägliche Arbeit der Finanzjongleure an den Börsen, ihre Charaktere und die damit verknüpften Handelsstrategien bleiben ihm aber meist unklar. Den mysteriösen Nebel, der die Welt der Börsenhändler umhüllt, versucht der Wahl-Münsteraner Matthias S. Riechert mit seinem autobiographisch geprägten Roman zu erhellen.



Matthias S. Riechert.

Foto: Nothnagel

Sparbuch oder Wertpapier?

Daß immer mehr deutsche Unternehmen an die Börse gehen, scheint, neben dem geringen Zinsniveau, ein Grund dafür zu sein, die Sparbücher zu schließen und sich wertvolleren Papieren zuzuwenden. Der Kleinanleger erfährt natürlich aktuelle Schwankungen von DAX und IBIS, seinen Orientierungsmarken, nicht aus einem zoologischen Fachblatt, sondern aus einschlägigen Wirtschaftsmagazinen und -zeitungen.

Riechert führt Leserin und Leser an der Hand mitten in die Szenerie. Er lädt ein, dem Arbeitsalltag eines vierköpfigen Händlerteams im Düsseldorfer Trading-Büro eines niederländischen Wertpapierhandelshauses beizuwohnen. Die vier

Protagonisten beginnen als Greenhorns und müssen sich zunächst einer knallharten sechsmonatigen Ausbildung unterziehen.

Frans, Lothar, Helge und Randolph sind völlig unterschiedliche Charaktere, von denen jeder einzelne schnell seinen Handelsstil findet, egal ob er nun „bull“ (vom Ansteigen der Kurse überzeugt) oder „bear“ (vom Sinken der Kurse überzeugt) ist. Die Vier ergänzen sich zu einem guten Team, dessen Sympathie-Index beim Leser steigt, weil hier jedes Mitglied in besonderen Streß-Situationen seine ureigensten Macken pflegt. Dem Team-Gedanken tut das jedoch keinen Abbruch, leidet man doch unter der gleichen Sucht: der Sucht, Geld zu verdienen.

Daß das Börsenparkett nicht nur als Handelsplatz recht glatt ist, erfahren Helge und Lothar, die bisher nur den elektronischen Handel kennengelernt haben, bei einem Aufenthalt in London. Selbst nationalitätsbedingte Auffassungen über parkettgemäßes Schuhwerk können einen Young-Trader ganz schön unter Druck setzen und ihn persönlich zum Spekulationsobjekt werden lassen. „Dem Geld wird zuviel Wert beigemessen“, bemerkt Helge, der Ausgeglichenere, ausgerechnet im Londoner „Mammontempel“. Ein Hinweis darauf, daß es den *Homo oeconomicus* auch unter Börsenhändlern nicht gibt.

Trotz der Schilderung für die Beteiligten nervenaufreibender Erfahrungen ist es dem 25jährigen Autor, der selbst mehrere Jahre als Börsenhändler tätig war, nicht gelungen, ein für den Laien durchweg spannendes Buch zu schreiben. Kleine Spannungsbögen in den einzelnen Kapiteln werden für den wissensdurstigen Amateur jäh durch die Notwendigkeit abgebrochen, im Glossar einen der Insider-Begriffe nachschlagen zu müssen. Der Handlungsstrang plätschert oft so dahin und wird für den Leser häufig erst transparent, wenn ein persönlicher Kommentar des Autors die Brisanz der Lage verdeutlicht, was leider zu selten passiert.

Literarisch hat man es hier nicht mit einem Wertpapier zu tun. Erste Hinweise auf ein überraschendes Ende tauchen erst auf, wenn man das Buch schon fast aus der Hand gelegt hat. Nicola Terhoeven

Matthias S. Riechert: *Die Börsenhändler. Die Sucht, Geld zu verdienen.* Thomas Müller Börsenverlag, Rosenheim 1997, DM 54.

Rosta
BUCHLADEN

Aegidiistr. 12, 48143 Münster,
Tel.: 02 51/4 49 26

Arbeitslosenunterstützung auf europäisch

Die europäische Einigung ist noch nicht perfekt. In der EU gilt: Es zahlt die Sozialversicherung, nach der die Beschäftigten vorher Beiträge gezahlt haben. Wer beispielsweise für eine längere Beschäftigung nach Frankreich geht und danach arbeitslos wird, hat sich auch einen Anspruch auf französische Arbeitslosenunterstützung erworben. Nach Deutschland kann er den

Anspruch jedoch nicht mitnehmen (Ausnahme: siehe nächste Seite).

Über einen Umweg können Versicherungszeiten in einem EU-Land auch in Deutschland einen Anspruch auf Arbeitslosengeld begründen. Wenn der Frankreichfreund nach seiner Auslandsbeschäftigung zunächst ein Beschäftigungsverhältnis in Deutschland aufnimmt und dann erst arbeitslos wird, rech-

net das hiesige Arbeitsamt die Beschäftigungszeit im Partnerland wie eine deutsche Beitragszeit. Dann reicht also beispielsweise eine sozialversicherte Arbeit von einer Woche in Deutschland nach 51 Wochen Arbeit in Frankreich aus, um hier Arbeitslosengeld beantragen zu können. Diese eine Woche Beschäftigung mit Sozialabgaben kann eine Krankheitsvertretung oder ähnliches sein. *azo*

E 303: Eigenexport in Sachen Arbeit

Die EU macht's möglich: Wer in Deutschland Arbeitslosenunterstützung bezieht, kann diesen Anspruch für eine begrenzte Zeit zur Arbeitssuche in ein EU-Mitgliedsland mitnehmen. Beim dort zuständigen Arbeitsamt muß er oder sie sich arbeitslos melden. Dann zahlt die Behörde weiter Arbeitslosenunterstützung – in der Landeswährung. Das geht maximal drei Monate. (Hier irrt die Autorin des unten genannten Leitfadens.) Der Krankenversicherungsschutz kann während des Auslandsaufenthaltes weiter bestehen bleiben.

Bei erfolgloser Arbeitssuche ist die Rückmeldung im heimischen Arbeitsamt spätestens am letzten Tag der Dreimonatsfrist unverzichtbar, sonst verfällt die Arbeitslosenunterstützung vollständig.

Für Arbeitslosenunterstützung und Krankenversicherung gibt es – wie sollte es anders sein – ein spezielles Verwaltungsverfahren mit speziellen Formblättern: E 303 und E 119. Fragen Sie Ihr Arbeitsamt oder Ihre Arbeitslosenberatung.

Literatur zum Thema

Unsicherheit über die Arbeitsmärkte in den Partnerländern, Sprachbarrieren, abweichende Ausbildungswege und -abschlüsse hindern trotz Europäischer Union (EU) viele Menschen, in ein europäisches Partnerland zu gehen.

Der Eichborn-Verlag hat in diesem Frühjahr einen Leitfaden für die Arbeitssuche in der EU mit grundlegenden Informationen, Musterbewerbungen und Beratungsmöglichkeiten auf den Markt gebracht: Tanja Haug, „Bewerbungsstrategien für Europa“.

Zum Thema *Arbeitssuche in Europa* beachten Sie bitte auch Seite 34 unten.

Bildgestaltung – Technik – Labor

Fotogruppe AFG die 5.

Neueinsteigende willkommen!

Jeden Dienstag · 19 bis 21 Uhr
SPERRE, Achtermannstraße 7

Start: 18. August 1998

Kontakt:

Maria Hamers

Arbeitslose brauchen Medien e. V.

Tel. (02 51) 51 11 21, Fax 4 79 14.

Sehnsucht der Fans:

„Wahrhaftigkeit in einer Welt voller Geschwätz“

Nein, nicht Tour de France. Getreten wird auch anderswo, gerne auch nachgetreten. Günter Netzer (Zitat oben aus *Frankfurter Rundschau*, 4.7.98) jedenfalls lobt den Mut der ARD, ihn zu verpflichten. Hingegen hat der Mut der Verzweiflung von Kanzler Kohl, als Maskottchen dem deutschen Spiel auf die Beine zu helfen, weder Bertis Elf noch seinen eigenen Hoffnungen auf sportliche Wahlhilfe auf die Beine geholfen. Monsieur Bertis Laune schlug von Beruhigung prompt um auf Hadern, Granteln und Zähnefleetschen. Nur eine Laune, sicher. Schließlich ist er ein Visionär, so Netzers Lob, und ein Sportsmann dazu. Beweis: „Es ist okay, wenn man ab und zu angespuckt wird, das müssen wir akzeptieren.“ Also ist Arbeits- und Sozialpolitik höherer sportlicher Weihen gewiß. Übungsleiter Norbert Blüm rechnete „mit freundlichen Grüßen“ seine Milliarden-Kürzungsbilanz den Fraktionsbanklern vor. Ob es da bei den angespuckten Rentnern, Arbeitslosen und anderen Fans noch für ein faires Dankeschön auf der September-Aufstellung reicht?



Treffer jedenfalls in der regulären Spielzeit, sprich ersten Ziehung für Lisa Guth aus Münster: Sie ist unsere Gewinnerin des letzten SPERRE-Rätsels. Mit der richtigen Antwort (*Schafott*) hatte sie auch die nötige Fortüne. Herzlichen Glückwunsch.

Nun zu unserem neuen Rätsel. – Was ist damit gemeint?

In den Weiten der Wohnungsmeere reißen sie gierig ihren Schlund nach Beute auf.

Das Lösungswort ergibt sich aus den umrandeten Feldern von oben nach unten gelesen. Alle Fragen beziehen sich auf Artikel dieser Ausgabe.

Das gibt es zu gewinnen:

2 FAMILIEN-TAGESKARTEN (2 ERWACHSENE, 2 KINDER UNTER 15 JAHREN) FÜR DIE THERME – ERLEBNISBAD MÜNSTER, GÜLTIG BIS 16 NOVEMBER.

Einsendeschluß ist der 10. August 1998.

In die Verlosung kommen alle Teilnehmer/innen, die uns bis zu diesem Datum per Telefon (51 11 21), per Fax (4 79 14) oder per Post die richtige Antwort mitgeteilt haben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Vielen Dank an die Aquapark Münster GmbH & Co. KG für die freundliche Preisspende.

Dr. Kimble darf sich nach neuestem Recht nicht mehr dieser Gattung zugehörig fühlen

_ _ _ _ _

Die Landesregierung hat jetzt selbst die zum Plündern frei gegeben

_ _ _ _ _ _

Der MÜNSTER-PASS heißt selbst unseren ALF „Willkommen im ...“

_ _ _ _

Wo die rauchen, hat's gefeuert

_ _ _ _

Hier laufen gescheite Existenzen ein, um mit *Phönix* zu neuen Ufern aufzubrechen

_ _ _ _ _

Gebückt, in diesem ... sehen nach intensiven Feldstudien Kohl & Co. Arbeitslose am liebsten marschieren, und zwar möglichst nach Canossa

_ _ _ _

Sagenhafter Lieblingsvogel münsterischer Existenzialisten

_ _ _ _ _ _

„Ihrer sind genug gewechselt“ – danach könnten Taten folgen, wenn nicht noch einer unbedingt das letzte haben muß.

_ _ _ _ _

AM Arbeitslose brauchen Medien e. V.

Achtermannstr. 7 · 48143 Münster
Tel. 51 11 21 · Fax 4 79 14

Allg. Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 10.00–16.00

Termine:

Mo.	Arbeitslosen-Stammtisch/ Doppelkopf-Runde (monatl. 1. u. 3./2. u. 4. Mo.)	20.00–22.00
Di.	Frühstück (1. Di. monatl.) Bündnis gg. Sozialabbau Ideenbörse – Existenzgründung – Fotogruppe	10.00–12.00 12.00–14.00 14.00–16.00 19.00–21.00
Mi.	Mittagstisch (3. Mi. monatl.) Café Milagro, KSG, Frauenstr.	12.30–14.00
Do.	Redaktion	12.00–14.00
Fr.	Kindergruppe Euro-Marsch-AG (1. Fr. mon.)	15.15–16.45 19.00–22.00

Weitere Termine nach Vereinbarung.

Die Sendung zum Thema: „W.A.S. –
Wohnen, Arbeit, Soziales“ auf Radio Antenne Münster
jeden 4. Donnerstag im Monat von 20.04–20.56 Uhr.



Sozialberatungen im cuba

Achtermannstr. 10–12

Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen Tel.: 51 19 29	Mi. u. nach Vereinb.	10.00–12.00 Uhr
Arbeitslosenberatung speziell für Langzeitarbeitslose Allgemeine Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 09.00–13.00 Uhr, Mo. u. Do. 14.00–18.00 Uhr, Di. u. Mi. 14.00–16.00 Uhr Tel.: 51 19 29 und 5 81 75	Mo. u. Do. Di. u. Do.	15.00–17.00 Uhr 09.00–12.00 Uhr u. nach Vereinb.
Rat & Tat, individuelle Beratung zur beruflichen Wiedereingliederung Tel. 51 88 80	Di. bis Fr.	10.00–12.00 Uhr u. nach Vereinb.
sic – Sozialhilfeberatung im cuba Tel.: 5 88 56	Di. bis Fr. Do.	09.00–12.00 Uhr 15.00–17.00 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende Tel.: 5 88 56	Do.	09.00–12.00 Uhr u. nach Vereinb.
Sozialhilfesorgentelefon Tel.: 4 35 44	Mo. u. Mi.	15.00–17.00 Uhr

Wir suchen freie MitarbeiterInnen & PraktikantInnen

für
Text, Fotografie, Layout
Anzeigenakquise
Arbeitslosenzentrumsarbeit
und was sonst alles so anfällt.

Ohne Berufspraxis endet der
Absprung ins Arbeitsleben allzu oft
im kalten Wasser der Arbeitslosigkeit.
Das muß nicht sein. In der SPERRE
können angehende JournalistInnen
ihre ersten Schwimmversuche machen.
Und nicht nur die: Studierende der
Sozialpädagogik, Sozialarbeit etc.
können bei uns ihr Praktikum machen.
Denn die SPERRE ist nicht nur Münsters
Zeitschrift für Menschen mit und ohne Arbeit,
sondern auch ein Arbeitslosenzentrum,
in dem es alle Hände voll zu tun gibt.

Allerdings:

Im Geld schwimmen werdet Ihr nicht.
Denn: Talentierte Workaholics
ohne pekuniäre Ambitionen werden
bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

☎ (02 51) 51 11 21

KEIN STILLSTAND OHNE STELLE

Stammtisch
für Arbeitslose und Interessierte
– Austausch von
Ansichten, Anregungen, Auswegen –

Montags alle 14 Tage ab 20 Uhr
im SPERRE-Keller
gegenüber vom cuba.

Kontakt:
Maria Hamers
Arbeitslose brauchen Medien e. V.
Achtermannstraße 7, Münster
Tel. 51 11 21

Eine neue Politik wählen!

Die Armut in Deutschland hat unter der Regierung Kohl verheerende Ausmaße angenommen. Ein paar aktuelle Zahlen:

- **2,2 Millionen Kinder in Armut, jedes 8. Kind im Westen, jedes 5. im Osten**
- **4 Millionen Arbeitslose oder über 10 % der Erwerbsbevölkerung**
- **2,9 Millionen Haushalte beziehen Sozialhilfe, für sie reichen weder Erwerbseinkommen noch klassische Soziale Sicherung.**

Diese Zahlen sind nachhaltige Bestätigung für fehlenden Willen oder fehlende Kompetenz dieser Regierung. Darauf gibt es nur eine Antwort: **Eine neue Politik wählen!**

Erwartungen und Forderungen an eine neue Politik

1. Die vorhandene Arbeit umverteilen

2. Eine soziale Grundsicherung muß her

Das Einkommen, ob mit oder ohne Arbeit reicht für viele nicht mehr zur Existenzsicherung aus. Wir fordern deshalb eine existentielle Absicherung in Höhe von 50 % des Durchschnittseinkommens für alle Bürger. Und als Sofortmaßnahmen: Anhebung der Sozialhilfe um 15 % sowie Kindergeld auch für Sozialhilfebezieher!

3. Den Reichtum umverteilen von oben nach unten

Über verschämte Armut und unverschämten Reichtum reden!

4. Neue Arbeit schaffen

Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern fordern die Schaffung gesellschaftlich nützlicher, zukunftssicherer, tariflich abgesicherter Arbeitsplätze mit einem ausreichenden Einkommen.

5. Soziales Klima entgiften

Gegen Arbeitslosigkeit und Armut, nicht gegen die Menschen, die davon betroffen sind!
Wir brauchen keine Druck- und Zwangsmaßnahmen, keine Ernteeinsätze und Arbeitsdienste.
Wir fordern die Wahrung der Freiwilligkeit, tarifliche Entlohnung auf dem „2. Arbeitsmarkt“ sowie Wiederherstellung des Berufs- und Qualifikationsschutzes.

Bündnis gegen Sozialabbau

c/o Arbeitslosenzeitung Sperre, Achtermannstr.7, 48143 Münster, Tel 51 11 21